



Working Paper Series

Working Paper 8 (September 2014)

Klimakämpfe: Eine komparative Studie der Versicherheitlichung von Klimawandel

Franziskus von Lucke, University of Tübingen

Zehra Wellmann, University of Tübingen

Thomas Diez, University of Tübingen

Klimakämpfe: Eine komparative Studie der Versicherheitlichung von Klimawandel

Franziskus von Lucke, Zehra Wellmann, Thomas Diez

Die Verknüpfung von Klimawandel und Sicherheit ist in den vergangenen Jahren zu einem zentralen politischen Problem und Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Analysen geworden. Dabei greifen die meisten Arbeiten sowohl affirmativ als auch kritisch auf die Theorie der Versicherheitlichung aus der Kopenhagener Schule zurück. Im Mittelpunkt standen bisher die Herausarbeitung unterschiedlicher Formen der Versicherheitlichung sowie die Frage, inwieweit man überhaupt von einer erfolgreichen Versicherheitlichung auf der globalen Ebene sprechen kann. Systematische Analysen der eigentlichen Versicherheitlichungsprozesse in unterschiedlichen Staaten fehlen jedoch bisher. Unser Papier wendet sich daher solchen Prozessen zu. Wir untersuchen vergleichend die Versicherheitlichung des Klimawandels in vier Staaten mit jeweils unterschiedlichen Industrialisierungsgraden und Klimaschutzpolitiken: Deutschland, Mexiko, die Türkei und die USA. Im Zentrum steht dabei die Frage, welche Akteure welche Formen von Versicherheitlichung warum und mit welchen politischen Konsequenzen verfolgt haben. Ein solcher Vergleich lässt Rückschlüsse auf die Bedingungen einer erfolgreichen Versicherheitlichung zu, erlaubt es uns aber auch, die Folgen normativ zu diskutieren.

Papier für die „Vierte Offene Sektionstagung“ der DVPW-Sektion „Internationale Politik“, 25. bis 27. September 2014, Magdeburg

1. Einleitung

Wasserkriege, Migrationsströme infolge von Naturkatastrophen, der Untergang ganzer Inselstaaten aufgrund steigender Meeresspiegel – die Schreckensszenarien des Klimawandels sind mannigfaltig. So verwundert es nicht, dass die Umwelt- und insbesondere die Klimapolitik einer der ersten und wichtigsten Politikbereiche war, auf den seit den 1980er Jahren ein erweiterter Sicherheitsbegriff, auch im Zusammenhang mit der Etablierung eines positiven Friedensbegriffes, angewandt wurde (Ullmann 1983). Für Staaten, aber insbesondere für Individuen und gesellschaftliche Gruppen sind nach dieser Auffassung nicht-militärische Gefahren in unserer Zeit oftmals wichtiger und dringender als klassisch-militärische Bedrohungen (Buzan 1983). Dieses sicherheitspolitische Umdenken hat auf der Ebene der Vereinten Nationen zur Entwicklung des Begriffs der *human security* geführt, der nicht nur das Individuum anstelle des Staates als Referenzobjekt in den Mittelpunkt stellt, sondern ein umfassendes, sektorenübergreifendes Verständnis von Sicherheit zugrunde legt (UNDP 1994: 22–37), zu dem zentral auch die Umweltsicherheit gehört. Auch wenn der Klimawandel als solches in den 1980er und der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch nicht im Mittelpunkt stand, so führten unter anderem immer häufiger auftretende Klimaphänomene, eine bessere und vertiefte Forschung über Ursachen und Konsequenzen sowie die darauf basierenden Berichte

des International Panel on Climate Change (IPCC) im Zuge der 1992 verabschiedeten UN-Klimarahmenkonvention zu einer stärkeren Verknüpfung von Klimawandel und Sicherheit.

Auch in der Theoriediskussion wurde der Sicherheitsbegriff erweitert und neu definiert. So hat das Konzept der „Versicherheitlichung“ (securitisation) der sogenannten Kopenhagener Schule (KS) (Buzan et al. 1998; Wæver 1995) seit Ende der 1990er Jahre eine dominierende Stellung in Bezug auf das neue Verständnis von Sicherheit eingenommen. Die Autoren um Barry Buzan und Ole Wæver unternahmen darin den Versuch, der Ausuferung des Sicherheitsbegriffs Einhalt zu gebieten und zugleich seine Erweiterung anzuerkennen, indem sie eine formal-diskursive Definition von Sicherheit lieferten.

Es mag nun vor dem eingangs geschilderten Hintergrund befremdlich erscheinen, dass der Klimawandel im Hauptwerk der Kopenhagener Schule nicht als erfolgreiche Versicherheitlichung angesehen wird (Buzan et al. 1998: 74, 87, 91). Dies liegt aber, wie verschiedene Autoren überzeugend dargelegt haben, zum Einen an der übermäßig restriktiven Auslegung des Sicherheitsbegriffes (Trombetta 2011; McDonald 2013; Stritzel 2011; Bigo 2008; Balzacq 2011) und zum Anderen an dem empirischen Trick, den Erfolg einer Versicherheitlichung über die durchgesetzten außergewöhnlichen Maßnahmen und weniger über den Diskurs als solchen zu „messen“ (Buzan et al. 1998: 25). Letztendlich ist diese Beurteilung einer fehlgeschlagenen Versicherheitlichung des Klimawandels aber auch auf die vorherrschende globale Perspektive zurückzuführen, die sich nicht nur in den Arbeiten der Kopenhagener Schule im engeren Sinne vorfindet.

In der Folge der Diskussionen um erfolgreiche und nicht erfolgreiche Versicherheitlichungen kam es zu einer Reihe von Arbeiten, die versucht haben, den Prozess der Versicherheitlichung gerade in Bezug auf den Klimawandel differenzierter zu fassen und unterschiedliche Formen der Versicherheitlichung gegenüberzustellen (Detraz/Betsill 2009; Brzoska 2009; McDonald 2013; Lucke et al. 2014; Grauvogel/Diez 2014). Die dort ausgeführten Argumentationen haben einen wesentlichen Beitrag zu unserem Verständnis der Repräsentation von Klimawandel als Sicherheitsproblem geleistet. Sie haben insbesondere die politischen Konsequenzen verschiedener Versicherheitlichungen und damit nicht zuletzt den kritischen Impetus der Kopenhagener Schule wieder in den Mittelpunkt gerückt. Dabei sind sie aber zumeist auf einer rein konzeptuellen Ebene verblieben, oder haben ihre Untersuchungen exemplarisch in einem Land (zumeist den USA, vgl. Detraz/Betsill 2009; McDonald 2012), anhand einiger exemplarischer Dokumente (Brzoska 2009) oder auf der regionalen (Rodrigues De Brito 2012; Trombetta 2012) und globalen Ebene (Penny 2007; Oels 2011; Weberisk 2012; LeBillon 2007) durchgeführt. Unser Wissen über die Akteure, die die Versicherheitlichung

vorantreiben, die Bedingungen, die unterschiedlichen Versicherunglichungsformen zum Durchbruch verhelfen, und die politischen Folgen, die dies hat, sind damit bruchstückhaft geblieben.

Mit dem hier vorliegenden Ansatz wollen wir einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke leisten. Wir haben dazu in einer systematisch-vergleichenden Studie die Klimaschutzdebatten in vier Ländern untersucht. Zwei davon sind Industrie- (USA, Deutschland), zwei Schwellenländer (Mexiko, Türkei), die jeweils unterschiedliche Klimapolitiken verfolgen: Deutschland und Mexiko gelten als Vorreiter im Klimaschutzregime, die USA und die Türkei als Nachzügler oder gar als Blockierer. Durch die Erfassung der Politikprozesse in diesen Ländern wollen wir herausfinden, wer unter welchen Bedingungen und mit welchen Folgen für die nationale Klimapolitik welche Formen von Versicherunglichung des Klimawandels durchsetzen kann. Sind diese länderspezifisch ablaufenden Prozesse rein zufällig, oder lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen? Spielt Versicherunglichung überhaupt eine Rolle bei der Verabschiedung oder Ablehnung klimapolitischer Maßnahmen? Wir werden dabei zeigen, dass der Erfolg von Versicherunglichung, jedenfalls in diesem Politikfeld, oftmals von der Existenz und den Interessen bestimmter zentraler Akteure abhängt, die sich mit Finnemore und Sikkink als *norm entrepreneurs* bezeichnen lassen (Finnemore/Sikkink 1998), sowie von dem diskursiven Umfeld, auf das sie treffen. Ferner deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass die Form der Versicherunglichung tatsächlich einen Einfluss auf die Art des Umgangs mit dem Klimawandel hat, und zwar insbesondere darauf, ob sich die vorherrschende Politik auf die Beseitigung der Ursachen (*mitigation*) oder auf den Umgang mit den Konsequenzen des Klimawandels (*adaptation*) konzentriert.

Im folgenden Abschnitt (2.) werden wir zunächst den Stand der Forschung zur Versicherunglichung von Klimawandel rekapitulieren, um die von uns festgestellte Lücke zu dokumentieren. Auf dieser Grundlage werden wir dann (3.) unseren eigenen Analyseansatz kurz ausführen, der auf der Unterscheidung von sechs verschiedenen Formen des Klimasicherheitsargumentes entlang zweier Dimensionen sowie auf einer komparativen Prozessanalyse in den untersuchten Ländern beruht. Im vierten Teil werden wir dann unsere empirischen Ergebnisse überblicksartig darstellen und für jedes Land (a) die vorherrschenden Versicherunglichungen, (b) die zentralen Akteure, (c) die daraus resultierenden Politiken und (d) die Bedingungen für und Folgen der Versicherunglichung (bzw. deren Ausbleibens) aufzeigen. Dies führt uns im letzten Abschnitt (5.) zu einer vergleichenden Perspektive, in der wir die bereits erwähnten Argumente zusammenfassend entwickeln, aber auch auf die Grenzen unseres Ansatzes hinweisen werden.

2. Forschungsstand: Die Versicherheitlichung des Klimawandels in der Literatur

Bereits in den späten 1970er und 80er Jahren kritisierten einige Autoren einen zu engen Sicherheitsbegriff und forderten eine neue Konzeptualisierung von Sicherheit, die über eine militärische Definition hinausging (Brown 1977; Ullmann 1983; Myers 1989; Mathews 1989). Mit der darauffolgenden Erweiterung des Sicherheitsbegriffes vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges ging es nicht mehr nur um die Sicherheit des Staates, sondern andere Akteure und Referenzobjekte rückten in den Fokus von Analysen. In diesem Zusammenhang entwickelte sich auch die *Umweltsicherheitsdebatte* (Homer-Dixon 1991, 1999; Hajer 1995; Dalby 1992; Pirages 1991; Barnett 2001; Deudney/Matthew 1999).

Zu den Erweiterern im Sinne der Sicherheits- und Umweltsicherheitsdebatte gehört auf der theoretischen Seite auch die Kopenhagener Schule (Waever 1995; Buzan et al. 1998), die in den 1990er Jahren mit dem Konzept der „Versicherheitlichung“ eine Neudefinition von Sicherheit als diskursivem Konstrukt lieferte. Im ursprünglichen Verständnis der Kopenhagener Schule (im Folgenden KS) wird Versicherheitlichung auf Basis der Sprechakttheorie von John Austin (Austin 1975) und John R. Searle (Searle 1969) konzipiert. Der (Sprech-)Akt der Versicherheitlichung konkret ist in der Definition der KS eine (meist durch eine dazu fähige Elite) erfolgende Artikulation einer Bedrohung als „existentiell“ für ein bestimmtes Referenzobjekt, die das Ergreifen „außergewöhnlicher Maßnahmen“ legitimiert. Hierbei spielt das „Publikum“ (audience) als Adressat des versicherheitlichenden Sprechaktes die Rolle des Entscheiders darüber, ob die Versicherheitlichung erfolgreich war oder nicht, indem es die Bedrohung anerkennt und außergewöhnliche Maßnahmen zur Abwehr absegnet (Buzan et al. 1998).

Diese „klassische“ und relativ enge Definition ist auch mit Blick auf die Analyse von Umwelt- und Klimasicherheitsdiskursen häufig verwendet worden (vgl. Wagner 2008; Scott 2012). Sie beharrt jedoch trotz des konstruktivistischen Grundverständnisses des Versicherheitlichungsprozesses, wodurch nahezu jedes Problem zu einem Sicherheitsproblem gemacht werden kann, auf einer eher traditionellen Sicherheitslogik hinsichtlich der Folgen der Versicherheitlichung. Daher werden erfolgreiche Versicherheitlichungen von vornerein als negativ bewertet.

In der Debatte um die Kopenhagener Schule, die auf der einen Seite eine zu enge Definition des Versicherheitlichungsprozesses, vor allem auch in Bezug auf den „Sprechakt“ kritisierte, wurde die KS auf der anderen Seite dafür kritisiert, dass einige Begriffe, wie z.B. der des „Publikums“ nicht scharf genug definiert worden sind (Léonard/Kaunert 2011). Auch die Frage, was im originären Ansatz der KS „außergewöhnliche Maßnahmen“ und damit

Indikatoren für eine erfolgreiche Versicherheitlichung sind, wurde in der Literatur kontrovers diskutiert (Vuori 2008; Roe 2008; Jackson 2006; Williams 2003; Wæver 2008).

Mit Blick auf Umwelt- und Klimasicherheit argumentiert die KS, dass die Versicherheitlichungsversuche nicht erfolgreich waren, da sie bisher keinerlei „außergewöhnlichen Maßnahmen“ in Sinne eines Außerkraftsetzens demokratischer Regelwerke oder gar militärischer Maßnahmen oder Interventionen zur Ausbremsung von Klimawandel nach sich gezogen haben. Autoren wie Parsons (2010), Trombetta (2008) und Floyd (2007) haben dagegen argumentiert, dass die Versicherheitlichung der Umwelt und des Klimawandels durchaus als erfolgreich bezeichnet werden kann. Dafür müssten nicht notwendigerweise „außergewöhnliche Maßnahmen“ im Sinne von militärischer Intervention legitimiert werden, sondern es reiche aus, wenn durch die Versicherheitlichung Politiken möglich wurden, die sonst nicht existent gewesen wären (Floyd 2010; Trombetta 2011). Auch Autoren wie Knudsen (2001), McDonald (2008), Stritzel (2007), Balzaq (2011), Guzzini (2011) und Oels (2013) haben dafür plädiert, die relativ engen Regeln für die Identifikation und Analyse der Versicherheitlichung und deren Erfolg weiter zu fassen.

In der Folge dieser Diskussionen und früheren Debatten zur Umweltsicherheit (vgl. Hajer 1995; Dalby 2002, 2009) kam es zu einer Reihe von Arbeiten, die versucht haben, den Prozess gerade in Bezug auf den Klimawandel differenzierter zu fassen und unterschiedliche Formen der Versicherheitlichung zu identifizieren (Detraz/Betsill 2009; McDonald 2013; Brzoska 2009; Grauvogel/Diez 2014; Lucke et al. 2014). Versicherheitlichungen des Klimawandels wurden in diesen Arbeiten auf unterschiedlichen Ebenen, so z.B. der lokalen; nationalen; gemeinschaftlichen und internationalen Ebene identifiziert. Sie haben außerdem unterschiedliche Arten von Referenzobjekten und Akteuren der Versicherheitlichung (Staaten, Individuen, Gesellschaften, den Planeten) und auf diese Weise unterschiedliche Klima- und Umwelt-Sicherheitsdiskurse herausgearbeitet.

Trotz dieses analytischen Fortschritts fehlt aber bislang eine komparative empirische Studie über die Bedingungen und Konsequenzen der Versicherheitlichung von Klimawandel. Unser Ziel ist es daher, die bisher geleisteten theoretischen Vorarbeiten auf die Praxis anzuwenden, um zu neuen Schlüssen und einem kohärenten Gesamtbild über unterschiedliche Versicherheitlichungen des Klimawandels zu bekommen. Hierzu liegt es nahe, ein Modell zu entwickeln, das in der Lage ist, die bisher beschriebenen diskursiven Eigenheiten auf systematische Weise zu erfassen und damit über Landesspezifika hinaus vergleichbar zu machen.

3. Analyseansatz: Die Formen der Versicherheitlichung

Wie bereits angedeutet, haben wir unseren Analyseansatz ausgehend von den vorangegangenen Diskussionen um eine Erweiterung des Konzeptes der Kopenhagener Schule entwickelt. Er unterscheidet zwischen zwei Dimensionen der Bedrohungswahrnehmung (Sicherheit und Risiko) sowie zwischen drei Ebenen von Referenzobjekten (Territorial, Individual, Öko-Global), die im Folgenden genauer erläutert werden.

3.1. Zwei Dimensionen der Versicherheitlichung: Sicherheit und Risiko

Aufbauend auf den im vorangegangenen Abschnitt erläuterten Kritik an der klassischen KS, gehen wir davon aus, dass es neben der klassischen Versicherheitlichung unter Bezugnahme auf einen traditionellen Sicherheitsbegriff einen zweiten Modus gibt, der eher mit Risikokonzepten operiert (Corry 2012; Aradau 2004; Aradau/Van Munster 2008, 2011; Oels 2010a, 2013). Diese Idee stützt sich zum einen auf die empirische Beobachtung, dass vor allem im Umweltsektor nur selten klare Feindbilder und Bedrohungen ausgemacht werden können, sondern die Bedrohung oft mittels Wahrscheinlichkeitsszenarien ermittelt wird und zudem in der ferneren Zukunft liegt (Buzan et al. 1998: 71, 83). Darüber hinaus haben aus theoretischer Sicht die Pariser Schule der Versicherheitlichung (Bigo 2002; Huysmans 2008) sowie die ihr zugrundeliegenden Arbeiten Michel Foucaults (Foucault 2006a) und anderer Autoren (Corry 2012; Trombetta 2011; Balzacq 2011; Oels 2011, 2012) gezeigt, dass Versicherheitlichungen auch als langfristige, diskursive Prozesse verstanden werden können. Dabei kann ein Thema nach und nach zu einem Sicherheitsproblem gemacht werden und bestimmte Politiken legitimieren, ohne notwendigerweise die von der Kopenhagener Schule postulierten außergewöhnlichen Maßnahmen einzuleiten. Für die praktische Anwendung auf die Versicherheitlichung des Klimawandels erscheint eine Erweiterung der klassischen KS um die Risikodimension daher sowohl aus empirischer als auch aus theoretischer Sicht als angebracht. Im Zuge dieser Erweiterung ändert sich allerdings auch das Kriterium, ab wann von einer erfolgreichen Versicherheitlichung gesprochen werden kann. Statt den Fokus auf die außergewöhnlichen Maßnahmen zu legen, folgen wir hier Trombetta, die als Kriterium Politiken, die ohne die Sicherheitsdiskussion wahrscheinlich nicht zustande gekommen oder als legitim erachtet worden wären, vorschlägt (Trombetta 2011).

Im Gegensatz zur klassischen Versicherheitlichung, die meist auf unmittelbare und direkt zu identifizierende Sicherheitsbedrohungen verweist – etwa die Mobilmachung eines Nachbarstaates – zielt eine Versicherheitlichung auf Basis des Risikobegriffs eher auf potentielle, langfristige und weniger konkrete Risiken (Corry 2012; Goede 2008). Diese

Langfristkomponente führt auch dazu, dass diese Risiken als kontrollierbar dargestellt werden. Sie stellen lediglich eine potentielle existenzielle Bedrohung dar, sollten entsprechende Gegenmaßnahmen ausbleiben (Beck 2002; Boyle/Haggerty 2012; Rose 1996: 341). Anders als oftmals sehr konkrete Sicherheitsbedrohungen – etwa ein aggressiv agierender Nachbarstaat – handelt es sich bei Risiken meist um eine sehr viel diffusere Art von Bedrohung ohne das ein direkter Feind ausgemacht werden könnte. Gleiches gilt für die bedrohten Referenzobjekte die in der klassischen Versicherheitlichungslogik meist klar benannt werden können – etwa das eigene Land – in einer risikobasierten Versicherheitlichung aber oftmals unklar bleiben und als statistische Risikogruppen oder Regionen auftauchen (Corry 2012: 244, 246; Beck 2000: 41). Daran anschließend können konkrete Sicherheitsbedrohungen aktiv eliminiert werden, während Risiken lediglich mittels Risikomanagement-Maßnahmen unter Kontrolle gehalten werden können (Corry 2012: 245, 247). Eine häufige Form des Risikomanagements ist dabei auch die Versicherung gegen bestimmte Risiken was bei konkreten existenziellen Sicherheitsbedrohungen keine Alternative ist (Aradau/Van Munster 2008). Schließlich gehen wir in dieser idealtypischen Gegenüberstellung davon aus, dass eine Versicherheitlichung auf Basis des klassischen Sicherheitsbegriffs eher auf die Symptome und Konsequenzen einer Bedrohung reagiert – also in Bezug auf den Klimawandel Adaptationsmaßnahmen oder im Extremfall auch militärische Interventionen legitimiert – während eine Versicherheitlichung mit dem Risikobegriff eher die zugrunde liegenden Ursachen der Bedrohung angeht, also Mitigationmaßnahmen bevorzugt (Corry 2012: 246). Während wir so den Sicherheitsbegriff gegenüber der Kopenhagener Schule wieder ausweiten, bleibt im Kern doch eine zumindest potentiell existentielle Bedrohung mit der Legitimation ansonsten nicht legitimer Maßnahmen als Kern der Sicherheitsartikulation bestehen, auch wenn sie im Falle des Risikos diffuser und zeitlich ferner ist.

3.2. Eine Matrix der Versicherheitlichungen des Klimawandels

Neben der Unterscheidung zwischen Sicherheit und Risiko, lässt sich in der relevanten Literatur zur Umwelt- und Klima-Sicherheitsdebatte häufig eine Unterscheidung zwischen verschiedenen Referenzobjekten von Sicherheit finden, die jedoch nur selten systematisch geordnet untersucht und mit dem Versicherheitlichungsansatz verknüpft wird¹. Ausgehend von

¹ So haben zwar verschiedene Autoren (z.B. Barnett, Pirages, Dalby oder Matthew) unterschiedliche Referenzobjekte von Sicherheit in die Debatte eingebracht, allerdings ging es ihnen meist um eine normative Diskussion der Vor- und Nachteile ohne direkten Bezug zum Versicherheitlichungsansatz. Eine Ausnahme stellt Matt McDonald dar, der ein unserem ähnliches Modell von Versicherheitlichung entwickelt, jedoch ohne Bezug zur Risiko-Dimension McDonald 2013.

den dominanten Konzepten der traditionellen oder nationalen Sicherheit, sowie der menschlichen Sicherheit und der Umweltsicherheit (Barnett 2001; Pirages 2013; Dalby 2009), gehen wir in unserem Konzept von drei maßgeblichen Ebenen des Referenzobjektes aus: *Territorial, Individuell* und *Globale Umwelt*.

Ein in den Debatten zu den möglichen sicherheitsrelevanten Auswirkungen des Klimawandels häufig genanntes Argument ist, dass in einer sich erwärmenden Welt gewaltsame Konflikte oder gar Kriege häufiger auftreten könnten (Nordas/Gleditsch 2007; Barnett/Adger 2007; Scheffran et al. 2012). Diese von Detraz und Betsill auch als »environmental conflict discourse« bezeichnete Argumentation (Detraz/Betsill 2009: 304) knüpft an Forschungen von Thomas Homer-Dixon an, der von einem erhöhten Konfliktpotential im Angesicht einer wachsenden Weltbevölkerung bei durch Umweltprobleme beeinträchtigten Ressourcen ausging (Homer-Dixon 1991, 1999). Bedrohtes *Referenzobjekt* ist in dieser Argumentation der Staat selbst, es geht also um die Bedrohung einer bestimmten territorialen Ordnung, weshalb wir diese Ebene als „territorial“ bezeichnen. Dabei werden als *Bedrohung* meist nicht die direkten physikalischen Auswirkungen des Klimawandels ausgemacht, sondern eher indirekte sozio-ökonomische und politische Probleme. Zum Beispiel könnten knapper werdende Wasservorkommen oder eine reduzierte Nahrungsmittelproduktion zu gewaltsamen Konflikten sowie der Destabilisierung von Staaten und ganzer Regionen führen. Die *Hauptakteure*, die durch diese Art der Versicherunglichung zum Handeln legitimiert werden sind Staaten. Im Zusammenhang mit der Territorialebene werden oftmals militärisch geprägte Sicherheitskonzepte wie Nationale Sicherheit genutzt und so handelt es sich bei den im Zuge dieses Referenzobjektes vorgeschlagenen *Gegenmaßnahmen* häufig um staatliche Interventionen in durch den Klimawandel destabilisierten Regionen, die auch eine militärische Komponente enthalten können.

Ausgehend von den Diskussionen um die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs (Booth 2005; Ullmann 1983) und neu geschaffenen Sicherheitsbegriffe wie dem der Menschlichen Sicherheit (UNDP 1994), bezieht sich unsere zweite Ebene auf das Individuum. Bedrohtes *Referenzobjekt* sind hier nicht Staaten, sondern in erster Linie einzelne Individuen, kleine Gruppen oder eine globale Gemeinschaft von Individuen. Wobei als *Bedrohung* auf dieser Ebene meist die direkten physischen Folgen des Klimawandels genannt werden, wie etwa Dürren, Hungersnöte, Wassermangel und Naturkatastrophen. Üblicherweise vorgeschlagene *Gegenmaßnahmen* sind entwicklungspolitische Maßnahmen um die Resilienz und *Coping Capacity* der Betroffenen zu erhöhen. Dabei sind hierzu legitimierte *Hauptakteure* sowohl

staatliche Dienste als auch zivilgesellschaftliche Gruppen wie Menschenrechts- und Umwelt NGOs oder kirchliche Organisationen.

Die Debatten um Umweltsicherheit (Barnett 2001; Dalby 2002; Pirages 2005) sind der Ausgangspunkt für unsere dritte *Referenzobjektebene* in der die Umwelt selbst bzw. das ökologische Gleichgewicht des ganzen Planeten bedroht ist (Diez/Grauvogel 2012). Kern der *Bedrohung* ist die zunehmende menschengemachte Erwärmung des Planeten und die Anreicherung von Treibhausgasen in der Atmosphäre, welche wiederum unterschiedliche negative Auswirkungen auf das globale Ökosystem oder einzelne Organismen haben können (z.B. die Bleichung von Korallenriffen oder Probleme bei der Kalkbildung von Wasserorganismen). Als *Gegenmaßnahmen* werden in Bezug auf dieses Referenzobjekt häufig internationale Abkommen zur Begrenzung des Treibhausgasausstoßes, ein Umbau des globalen Wirtschaftssystems oder andere spezifischere Umweltschutzmaßnahmen genannt (Brauch 2009). Die *wichtigsten Akteure* sind hier die internationale Staatengemeinschaft als Ganzes oder einzelne (Industrie-) Staaten oder Staatenzusammenschlüsse, die den Großteil der Treibhausgase produzieren. Besonders Umwelt-NGOs, kirchliche Organisationen aber auch Klimaforscher selbst nutzen diesen Diskurs.

Die zwei Dimensionen von Versicherheitlichung (Sicherheit und Risiko) sowie die Unterscheidung zwischen drei Referenzobjektebenen zusammengenommen, führt unser Konzept zu sechs unterschiedlichen Diskursen von Klimasicherheit: *Territorialsicherheit*, *Territorialrisiko*, *Individualsicherheit*, *Individualrisiko*, *Globale Umweltsicherheit* und *Globales Umweltrisiko*. Wir nehmen an, dass die Nutzung eines jeden dieser Diskurse zu sehr unterschiedlichen Arten von Versicherheitlichung führt, die sich stark darin unterscheiden was als Bedrohung und Referenzobjekt aufgefasst wird. Zudem gehen wir davon aus, dass auch Unterschiede auftauchen in Bezug auf die politischen Konsequenzen, je nach dem welcher Diskurs dominiert. Folgende *Tabelle 1* fasst die sechs Diskurse noch einmal zusammen und nennt jeweils ein typisches Sprechakt-Beispiel.

Logik der Versicherheitlichung Ebene des Referenzobjektes	Sicherheit	Risiko
Territorial <i>Sprechakt-Beispiel</i>	Territorialsicherheit <i>Klimawandel als Konfliktverstärker und Bedrohung für Staaten</i>	Territorialrisiko <i>Klimawandel als Langzeitrisiko für Staaten und Risikoregionen, etwa Insel- oder tiefliegende Küstenstaaten</i>
Individual <i>Sprechakt-Beispiel</i>	Individualsicherheit <i>Klimawandel als Bedrohung einzelner Menschen und ihrer Lebensgrundlagen</i>	Individualrisiko <i>Klimawandel als Gefahr für bestimmte Risikogruppen</i>
Global/Umwelt <i>Sprechakt-Beispiel</i>	Globale Umweltsicherheit <i>Klimawandel als direkte Bedrohung von Ökosystemen und des gesamten Planeten</i>	Globales Umweltrisiko <i>Klimawandel als potentielles Risiko für das ökologische Gleichgewicht mit unvorhersehbaren Folgen</i>

3.3. Zur Methode der komparativen Prozessanalyse

Diskursive Prozesse wie der der Versicherheitlichung lassen sich nur in qualitativen Fallstudien über eine Prozessanalyse untersuchen. Ein Vergleich zwischen unterschiedlichen Fällen soll es dabei erlauben, zumindest vorläufig Gemeinsamkeiten in Ausprägungen und Bedingungen für Versicherheitlichung festzustellen. Dabei haben wir Fälle ausgewählt, die einerseits Gemeinsamkeiten (USA und Deutschland, Türkei und Mexiko im ökonomischen Status als einem möglichen Einflussfaktor; USA und Türkei, Deutschland und Mexiko in Bezug auf Klimapolitik), andererseits aber Unterschiede aufweisen. Unsere Prozessanalyse baut auf vier Pfeilern auf:

(1) Einer systematischen Analyse von zentralen NGO-Dokumenten in allen vier Ländern, die dazu diente, die Propagierung bestimmter Sicherheitsbegriffe und deren Entwicklung über die Zeit, sowie gegenseitige Verweise und somit Einflüsse festzuhalten. Die Auswahl fand zunächst auf der Grundlage der Sekundärliteratur und dann auch nach dem Schneeballprinzip sowie auf der Grundlage einer damit einhergehenden Netzwerkanalyse statt.

(2) Einer entsprechenden Analyse der Parlamentsdebatten in den vier Fällen - Auch hier standen die Herausarbeitung der Versicherheitlichungsformen, die expliziten Verweise auf NGO oder wissenschaftliche Berichte sowie die Übernahme von Argumentationsfiguren im Vordergrund. In Deutschland, Mexiko und der Türkei ließen sich die zentralen Debatten über Indizes oder eine elektronische Stichwortsuche nach „Klimawandel“ und „Klima + Sicherheit“ relativ zügig herausfiltern (60 Debatten in Mexiko, 88 in Deutschland und 50 in der Türkei). In

den USA sind entsprechende zentrale Debatten der Sonderfall; hier mussten wir die Protokolle beider Häuser des Kongresses nach einer Stichwortsuche wie oben Schritt für Schritt durchsehen. Insgesamt haben wir in diesem Fall 170 Debatten analysiert.

(3) Ausgedehnten Interviews mit zentralen Akteuren - Dazu zählten die in den Schritten 1 und 2 bereits identifizierten Protagonisten sowie weitere Akteure, die sich wiederum im Schneeballverfahren aus den Interviews ergaben. Die Interviews dienten dabei weniger der Inhaltsanalyse, sondern sollten die Analyse des Verlaufs des Versicherunglichungsprozesses und der Rolle spezifischer Akteure komplettieren. Insgesamt wurden pro Land im Durchschnitt bisher 20 Interviews geführt.

(4) Eine Analyse zentraler Zeitungen zur Triangulation und Abrundung des bisherigen Bildes, die wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings noch nicht durchgeführt haben.

Um die Vergleichbarkeit der Analyse zu gewährleisten, haben wir für alle Dokumente ein Analyseraster ausgefüllt, das Zitate zu den sechs möglichen Versicherunglichungsformen enthält sowie Verweise auf weitere Akteure und Dokumente sowie die zentralen Schlussfolgerungen festhält, aber auch Raum für dokumentenspezifische Observationsen lässt. Diese Raster bilden die Grundlage der nun folgenden Zusammenfassung, die freilich auf die Details der einzelnen Fälle nur cursorisch eingehen kann; hier werden wir im weiteren Verlauf des Projektes ausführlichere Fallstudien auf unserer Projektwebsite www.climasec.org zur Verfügung stellen.

4. Empirie: Die Versicherunglichung des Klimawandels in vier Ländern

In diesem Abschnitt wenden wir das eben vorgestellte Analyseraster auf vier unterschiedliche Länderfälle an und analysieren die relevanten Politikprozesse seit 1990. Ziel ist es herauszufinden, wer unter welchen Bedingungen und mit welchen Folgen für die nationale Klimapolitik welche Formen von Versicherunglichung des Klimawandels durchsetzen konnte. Zu diesem Zweck werden wir in jedem Land die vorherrschenden Versicherunglichungen, die zentralen Akteure, die daraus resultierenden Politiken und die Bedingungen für und Folgen der Versicherunglichung (bzw. deren Ausbleibens) aufzeigen. Durch dieses komparative Vorgehen lassen sich Rückschlüsse ziehen über die Erfolgsbedingungen von Versicherunglichungen in unterschiedlichen Kontexten und den Einfluss von Schlüsselakteuren in diesem Prozess. Zudem kann so erfasst werden, ob die Dominanz unterschiedlicher Versicherunglichungsdiskurse auch zu andersgearteten Auswirkungen und Konsequenzen führt.

4.1. USA: Die Integration des Klimawandels in die Planungen des Verteidigungssektors

Wir beginnen unsere Analyse mit den USA, da die Versicherheitlichung des Klimawandels hier am stärksten zu beobachten war und dieser Fall sowohl in der Sekundärliteratur als auch in der weltweiten politischen Diskussion stark wahrgenommen wurde.

Die Verknüpfung von Sicherheitsbegriffen mit dem Thema Klimawandel begann in den USA bereits in den 1990er Jahren. Im Jahr 1991 wurde der Klimawandel unter dem Präsidenten George H. Bush das erste Mal explizit in der *Nationalen Sicherheitsstrategie* als wichtiges Umweltproblem erwähnt (The White House 1991: 2, 22) und einige Jahre später unter Präsident Bill Clinton gar als »[...] environmental risk[s] serious enough to jeopardize international stability [...]«. « bezeichnet (The White House 1994: 15). In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre führte diese Debatte zu verschiedenen Politiken an der Schnittstelle zwischen Klimawandel und Sicherheit. Beispielsweise zur Gründung des *Office of the Deputy Under Secretary of Defense Environmental Security*, welches sich mit den Wechselwirkungen zwischen Militäroperationen und Basen und Umweltfragen auseinandersetzte; oder der Einsetzung des *Strategic Environmental Research and Development Program*, welches erlaubte Kapazitäten der Nachrichtendienste für Umweltbeobachtungen zu nutzen (Floyd 2010: 80, 95; Lucke 2013a). Mit dem Ende der Präsidentschaft von Bill Clinton trat die Umwelt- und Klimasicherheitsdebatte allerdings zunehmend in den Hintergrund² (Harris 2002: 153) und wurde erst 2003 mit dem Erscheinen einer Szenario-Studie im Auftrag des Pentagons wieder aufgenommen (Schwartz/Randall 2003). Da diese Studie allerdings mitten in die erste Amtszeit des damals äußerst klimaskeptischen George W. Bush fiel und zudem für diese Zeit etwas zu unwahrscheinliche Szenarien entwickelte, war ihr Einfluss vor allem in der politischen Debatte innerhalb der USA gering (Interview 2014i).

Wirklich Fahrt auf nahm die Klimasicherheitsdebatte erst mit der Veröffentlichung eines Berichts des halbstaatlichen Think Tanks CNA im Jahre 2007 in dem der Klimawandel als Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA dargestellt wird (CNA 2007)³. In der Folge wurden unzählige weitere Think Tank Berichte veröffentlicht⁴ und eine rege Debatte in der

² Gründe hierfür waren zum einen, dass mit Clintons Vizepräsident Al Gore ein einflussreicher Umwelt- und Klima-Aktivist das Weiße Haus verließ und zum anderen mit George W. Bush ein Präsident gewählt worden war, der am Anfang seiner Amtszeit noch nicht einmal die Existenz des Klimawandels anerkannte. Darüber hinaus überlagerte nach dem 11. September der Kampf gegen den Terror alle anderen Sicherheitsdiskussionen (Floyd 2010: 122).

³ Mittlerweile ist ein Update dieser Reports erschienen, welches ebenfalls wieder recht große Aufmerksamkeit erregte (CNA Military Advisory Board 2014).

⁴ Unter anderem von folgenden Think Tanks: Center for a New American Security (CNAS), Center for Strategic and International Studies (CSIS), American Security Project (ASP), Center for American Progress (CAP), Wilson Center, Rand, Operation Free, Council on Foreign Relations (CFR), Brookings Institution, Center for Climate Change Energy and Security (C2ES) und Center for Climate and Security.

amerikanischen Öffentlichkeit und im Kongress über die sicherheitsrelevanten Auswirkungen des Klimawandels angestoßen (Mildner/Richert 2010: 12).

Betrachtet man diese Debatte mithilfe unserer Matrix im Hinblick auf die *dominanten Klimasicherheitsdiskurse* wird deutlich, dass zum einen die Sicherheitsdimension überwiegt und zum anderen die bedrohten Referenzobjekte vor allem auf territorialer Ebene ausgemacht werden – meist sind hier die USA das Referenzobjekt –, wie dieses Zitat der Think Tanks CNA veranschaulicht: »Projected climate change poses a serious threat to America`s national security« (CNA 2007: 6). Auch die Individualebene wird häufig genutzt, auffällig ist dabei allerdings, dass der Individualsicherheitsdiskurs meist keineswegs isoliert auftaucht, sondern mit der territorialen Ebene verknüpft wird. Er dient häufig lediglich als Einstieg in eine Kausalkette die letztlich die nationale Sicherheit der USA und anderer Industrieländer bedroht sieht:

»A health emergency involving large numbers of casualties and deaths from disease can quickly expand into a major regional *or global security*. In some areas of the Middle East, tensions over water already exist. Challenges that may require military support, ranging from distribution of vaccines to full-scale stability operations« (CNA 2007: 15; unsere Hervorhebung).

Die zur Abwehr der so identifizierten Bedrohungen vorgeschlagenen Maßnahmen umfassen zum einen Mitigationsmaßnahmen, wie Emissionshandelssysteme, die Verbesserung der Energieeffizienz und multilaterale Kooperationsabkommen (Campbell et al. 2007: 19, 89, 109), zum anderen aber auch Adaptations- und Resilienzmaßnahmen. Diese beinhalten vor allem die Vorbereitung des US-Militärs auf mögliche Klimafolgen, was sowohl die Anpassung eigener Basen als auch die Planung möglicher Einsätze in Krisengebieten oder nach Naturkatastrophen umfasst (McGrady et al. 2010: 35; Campbell et al. 2007: 108).

Diese Engführung auf den militärischen Sektor hängt stark mit der vorherrschenden *Akteursstruktur* zusammen. So waren es in erster Linie auf Sicherheits- und Verteidigungspolitik spezialisierte Think Tanks, die als Norm-Entrepreneure den Klimawandel als Sicherheitsbedrohung dargestellt haben. Diese Think Tanks haben im Vergleich mit unseren anderen Länderfällen einen ungewöhnlich großen Einfluss in der politischen Debatte in den USA. Dabei findet auch ein reger Austausch von Personal zwischen den Think Tanks und der Politik statt, der den Einfluss weiter erhöht. Ausgangspunkt für das Aufgreifen des Klimasicherheitsarguments war die zerfahrene Situation der Klimapolitik in den USA, die

aufgrund einer stark ideologisch aufgeladenen und polarisierten Diskussion zwischen Republikanern und Demokraten seit Jahren nicht vorwärts gekommen war (Fletcher 2009; Brzoska 2012: 172). In dieser Situation erkannten Think Tanks wie CNA, CNAS und CSIS unter der Federführung einiger erfahrener und gut vernetzter Individuen (unter anderem Sherri Goodman, Kurt Campbell, Jay Gullede und Jeff Dabelko), die Chance der Debatte eine neue Richtung zu geben⁵. Zum einen handelten diese aus eigener Überzeugung, dass der Klimawandel zunehmend auch sicherheitsrelevante Folgen haben könnte⁶ (Interview 2014l). Zum anderen taten sie dies aber auch aus strategischen Erwägungen. So genießt das Militär in der US-amerikanischen Öffentlichkeit – im Gegensatz zu z.B. Deutschland – ein immens hohes Ansehen und wird als politisch neutraler, ehrlicher Makler wahrgenommen (Gallup 2014). Durch die Einbeziehung des Militärs sollten vor allem konservative Kreise von der Realität und Dringlichkeit des Klimaproblems überzeugt werden und das Thema außerdem ein Stück weit entpolitisiert werden (Fletcher 2009: 808): »Since climate change is a national security concern, trusted members of the security policy community, especially the military, can act to tilt policy discussions toward evidence-based conclusions« (Rogers/Gullede 2010: 22). Hierfür war es allerdings unabdinglich, dass die Think Tanks selber glaubwürdig mit militärischen Institutionen reden konnten. Klassische Umwelt-NGOs wie Greenpeace, The Nature Conservancy oder der WWF waren in der US-amerikanischen Klimasicherheitsdebatte daher aus gutem Grund kaum aktiv. Obwohl sie teilweise durchaus die Chancen einer versicherheitlichenden Argumentation sahen, hielten sie sich nach informellen Absprachen mit den Think Tanks weitgehend zurück, um die Glaubwürdigkeit des Klimasicherheitsarguments nicht durch ihr eigenes Image als liberale, politisch keineswegs neutrale Organisationen zu beschädigen (Interview 2014k).

Die Motivation der meisten Akteure war nicht bloß eine Verbesserung der Klimapolitik der USA, sondern in erster Linie eine Berücksichtigung der sicherheitsrelevanten Klimafolgen durch die Verteidigungsorgane – was auch die Dominanz des Territorialsicherheitsdiskurses und mit ihm die häufige Erwähnung des Militärs als Referenzobjekt erklärt. Die aus der vorliegenden Versicherheitlichung *resultierenden Politiken* finden sich daher auch vornehmlich im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es gab zwar vor allem im Zeitraum zwischen 2007 und 2010 unzählige Gesetzesvorlagen und Debatten im Kongress, die

⁵ Eine wichtige Rolle spielten zudem Fördergelder einflussreicher Stiftungen wie der Energy Foundation, der Rockefeller Foundation und der Carnegie Foundation, die zu der Zeit ebenfalls die Chance sahen mithilfe des Klimasicherheitsarguments neuen Schwung in die Klimadebatte zu bringen Interview 2014l.

⁶ Häufig mit Verweis auf das globale Engagement des US-amerikanischen Militärs, das bei Konflikten aber vor allem nach Umweltkatastrophen oftmals der erste Akteur am Ort des Geschehens ist und so von möglichen globalen Klimafolgen direkt betroffen sein wird Interview 2014n.

den Klimawandel als Sicherheitsproblem einstufen um eine allgemeine Klimagesetzgebung voranzutreiben und sich dabei auch direkt auf die Think Tank Berichte beriefen (C2ES 2007/2008a; US Senate 2008: S4990). Allerdings scheiterten letzten Endes alle daran, ein Gesetz im Kongress durchzusetzen (C2ES 2007/2008b).

Die handfesteren Veränderungen waren im Sicherheits- und Verteidigungssektor zu finden. So tauchte der Klimawandel ab 1991 – mit Ausnahme des Jahres 2006 unter George W. Bush – in allen Nationalen Sicherheitsstrategien auf, wurde ab 2008 in den Nationalen Verteidigungs- und Militärstrategien erwähnt (DOD 2008: 5) und 2010 das erste Mal in den einflussreichen *Quadrennial Defense Review* (QDR) integriert und später auch im QDR 2014 erwähnt (DOD 2010, 2014). Dies führte zur Integration von Klimafolgen in eine ganze Reihe weiterer Planungsschemata im Verteidigungssektor⁷. Im Jahr 2013 bezeichnete der Navy Admiral Locklear den Klimawandel gar als größte Langzeitbedrohung im Asiatisch-Pazifischen Raum (Bender 2013). Auch der Geheimdienstsektor griff das Thema auf: Die CIA gründete 2009 ein eigenes *Center for Climate Security*, der Klimawandel wurde in das *Intelligence Estimate 2008* (Fingar 2008) aufgenommen und in der Folge in den *Annual Threat Assessments* (Blair 2009) erwähnt. Schlussendlich fand der Klimawandel unter anderem aufgrund medial stärker erwähnten Klimafolgen und Naturkatastrophen in den USA selbst auch Eingang in diverse Katastrophenschutzpläne unter anderem in den *Crisis Response and Disaster Resilience 2030 Plan* der nationalen Katastrophenschutzbehörde FEMA (FEMA 2012). Da in den USA die National Guard und das Army Core of Engineers für den Katastrophenschutz zuständig sind, führt die auf diese Weise geführte Klimasicherheitsdebatte auch dazu, dass die Grenzen zwischen zivilen und militärischen Klimamaßnahmen zunehmend verschwimmt. Die Konsequenz der Versicherheitlichung war also in erster Linie eine Integration des Klimathemas in die Planungen des Sicherheits- und Verteidigungssektors, von anderen auch treffend als „Klimatisierung“ bezeichnet (Brzoska/Oels 2011). Obwohl das erklärte Ziel vieler Think Tanks auch die Öffnung der Debatte für Mitigationsmaßnahmen war (Interview 2014j), führte der dominante Diskurs erst einmal dazu, dass Adaptations- und Resilienzmaßnahmen in den Vordergrund traten da diese einfacher mit den verteidigungspolitischen Planungen in Einklang zu bringen sind⁸.

⁷ Das Pentagon, sowie die Navy stellten eigene Climate Roadmaps vor DOD 2012; US Navy 2010 vor, die Navy gründete eine *Task Force on Climate Change US Navy 2009* und das Department for Homeland Security integrierte Klimafolgen in seine National Infrastructure Protection Plans Department of Homeland Security 2013.

⁸ Das bedeutet nicht, dass Mitigation völlig aus dem Blickfeld geriet. So gibt es auch einige Initiativen im Verteidigungssektor die auf Energieeffizienz und grüne Energien setzen Interview 2014m.

Die *Bedingungen* für diese, zumindest in Bezug auf ein spezifisches Feld, erfolgreiche Versicherheitlichung des Klimawandels in den USA sind vielfältig. So konnten die beteiligten Akteure auf Wissen aus der ersten Umweltsicherheitsdebatte aufbauen – in der ebenfalls das Militär eine wichtige Rolle spielte – und auch einige Vernetzungen wichtiger Akteure können auf diese Zeit zurückgeführt werden (z.B. waren Sherri Goodman und Jeffrey Dabelko schon während der 1990er an der Schnittstelle zwischen Umwelt und Sicherheit aktiv). Zudem spielte der große Einfluss sicherheitspolitisch ausgerichteter Think Tanks und ihre gute Vernetzung mit der Politik eine große Rolle. Darüber hinaus war das ungewöhnlich hohe Vertrauen in das Militär ein entscheidender Faktor. Schließlich kann die fast vollständige Abwesenheit klassischer Umwelt- oder Menschenrechts NGOs in der Debatte erklären, warum weniger Diskurse genutzt wurden, die in erster Linie auf die Umwelt selbst oder bedrohte Menschen hinweisen.

Zu guter Letzt bleibt die Frage warum sich die dominanten Diskurse eher in der Sicherheits- und nicht in der Risikodimension bewegten. Auch hier spielten die dominanten Akteure und ihr traditioneller professioneller Hintergrund eine entscheidende Rolle. So werden in militärischen Kreisen zwar Risikokonzepte und weichere Sicherheitsbegriffe wie die menschliche Sicherheit durchaus wahrgenommen, aber schlussendlich ist das auf das eigene Land ausgerichtete und einen sehr traditionellen Sicherheitsbegriff nutzende Konzept der Nationalen Sicherheit weiterhin der mit Abstand dominante Sicherheitsbegriff. Eine Klimasicherheitsdiskussion, die gerade in konservativen und sicherheitspolitisch geprägten Kreisen wahrgenommen werden wollte kam also um eine Fokussierung in diese Richtung kaum herum.

4.2. Deutschland: Versicherheitlichung, Idealismus und Entwicklungspolitik

In Deutschland ist eine erste Welle von Versicherheitlichungsversuchen bereits in der zweiten Hälfte der 80er Jahre initiiert worden durch einen Bericht der Deutschen Physikalischen Gesellschaft über die „Klimakatastrophe“ (1986), der vom populären Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ aufgegriffen und damit zu einem Ereignis mit großem Medienecho gemacht wurde (Norck 2012: 26). Die im darauffolgenden Jahr erfolgte Gründung der „Enquete Kommission Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ kann in diesem Zusammenhang gesehen werden und gilt generell als die Emanzipierung der Klimapolitik von der Umweltpolitik in Deutschland. Dabei spielte zu dieser Zeit noch nicht so sehr die globale Erwärmung, sondern eher das Ozonloch die zentrale Rolle. In der Folgezeit wurde eine Reihe wichtiger Forschungszentren, wie das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK), das

Max-Planck Institut (MPI) und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie gegründet, die bis heute einige der dominantesten Akteure im Klimawandeldiskurs in Deutschland darstellen.

Der damit in Deutschland im Grunde schon früh begonnene Klima-Sicherheits-Diskurs hat zusammen mit der Entwicklung des internationalen Diskurses (vgl. Brauch et al. 2008) seit der Jahrtausendwende wieder Fahrt aufgenommen. Diese Entwicklung muss auch im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel im Jahr 1998 und der danach für zwei Legislaturperioden regierenden Rot-Grünen Koalition gesehen werden. Zudem spielten neben der Regierung auch eine Reihe wissenschaftlicher Organisationen und NGOs sowie deren Veröffentlichungen wichtige Rollen. Insbesondere mit dem Bericht des Wissenschaftlichen Beirats für Globale Umweltveränderungen (WBGU) zu „Klimawandel und Sicherheit“ (WBGU 2007), der fast zeitgleich mit dem vierten Sachstandberichts des IPCC und dem 2006 vorangegangenen Stern Report veröffentlicht wurde, formierten sich in Deutschland wichtige Akteure, die Schritte zur Versicherheitlichung des Klimawandels unternahmen (vgl. Richert 2012). Zudem war das Thema massiver als je zuvor in den Medien vertreten (Norck 2012: 27). Auch wichtige Ereignisse, wie der G8-Gipfel in Heiligendamm, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und Veranstaltungen wie das „17. Forum Globale Fragen“ im Auswärtigen Amt brachten das Thema Klimawandel als Sicherheitsproblem auf die außen- und sicherheitspolitische Agenda (Richert 2012; WBGU 2007; Norck 2012; Auswärtiges Amt 2007). Dies zeigte sich auch an der Initiierung zahlreicher neuer Forschungscluster und Projekte zu den Themen Klimawandel und Sicherheit, wie das Programm „Klimawandel als Sicherheitsproblem“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Weiterhin bezeichnete Außenminister Steinmeier auf der Internationalen Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2008 den Klimawandel erstmals als eine Frage der Nationalen und Internationalen Sicherheit (Ederer 2007: 2). So hatte der Klima-Sicherheitsdiskurs in der Zeit von 2007 – 2009 in Deutschland seine bisher stärkste Ausprägung erreicht.

In Deutschland sind landesspezifische *Versicherheitlichungsdiskurse* zu erkennen, die sich zwar von Staaten wie den USA, Mexico oder der Türkei unterscheiden, aber nicht so sehr vom gesamt-europäischen Kontext, da sich der deutsche und der europäische Diskurs teilweise gegenseitig durchdringen. In der deutschen Klima-Sicherheits-Debatte steht im Gegensatz zum US-amerikanischen Diskurs nicht die Territorialsicherheit, sondern die Individualsicherheit im Vordergrund. Das Augenmerk liegt damit auf schwachen und gefährdeten Individuen in ebensolchen Gesellschaften als Referenzobjekte. Die Territorialsicherheit und damit die eigene Nation, aber auch die eigene Individualsicherheit wird dabei weniger als gefährdet eingestuft,

als das Risiko und die Sicherheit in schwachen und besonders vom Klimawandel betroffenen, aber fernen Regionen, wie z.B. Afrika, Zentralasien oder in den kleinen Inselstaaten (Bundeswehr 2011: 133). Bereits bei Betrachtung der einflussreichen WBGU Studie von 2007 wird diese vorwiegend auf menschlichen und individual-Sicherheitsargumenten und einer eher auf der Risiko- denn auf der Sicherheitsperspektive basierende deutsche Haltung deutlich (vgl. Brzoska 2009).

Allerdings taucht auch der territoriale Klima-Sicherheitsdiskurs auf. Dies vor allem in Bundestagsdebatten (Kelber 2004), wenn auch insgesamt deutlich zurückhaltender als in den USA. Das weitgehende Fehlen von stark militärisch und sicherheitspolitisch geprägten Think Tanks und die Präsenz zahlreicher kirchlicher, humanitärer und umweltgeprägter NGOs führt zu dieser insgesamt wenig von Territorialsicherheit und -Risiko geprägten Debatte. Die eigene Territorialsicherheit wird meist nicht in Frage gestellt. Meist wird im deutschen Klima-Sicherheits-Diskurs erst im Zusammenhang mit Individualsicherheit auf das Konfliktpotential durch Ressourcenverknappung (so z.B. in Form von Dürren, Hungersnöten und Naturkatastrophen) und klimawandel-potenzierte Migration in Aufnahmeländern, die auch zu einer Gefährdung der Territorialsicherheit Deutschlands und Europas führen könnte, hingewiesen (vgl. Auswärtiges Amt 2011). Von einem apokalyptischen Szenario über von Dürren, Hungersnöten und Naturkatastrophen verarmte Massen außerhalb von Festungen wie Europa und den USA, wie in den USA häufiger propagiert (vgl. Fischer 2014) ist man hier noch weit entfernt. Eine Aussage wie „Es werden keine Massen von Menschen Europa stürmen. Viele wollen das selbst verhindern und sind dazu auch nicht in der Lage“ (Interview 2014o) zeigt auf der einen Seite die in Bezug auf Deutschlands Territorialsicherheit eher entwarnende Haltung gepaart mit dem Bewusstsein für durch Klimawandel humanitär verschärfte Situationen in betroffenen Regionen, in denen Resilienz geschaffen werden muss.

In diesem Sinne wird auch die Verbindung zwischen Klimawandel und Konflikt eher als vermeidbar und abwegig dargestellt, und so baut der deutsche Diskurs auf Entwicklungshilfe- und Stabilisierungsmaßnahmen und lehnt militärische Lösungen und Erwägungen mit Blick auf das Problem öfter explizit ab (Bundeswehr 2011: 145). Die Tatsache, dass eine Institution wie die Bundeswehr erst 2011, d.h. einige Jahre nach dem Zenit des Klima-Sicherheitsdiskurses im Jahr 2007, zumindest öffentlich, das Thema Klimawandel und Sicherheit in die Hand genommen hat (vgl. Bundeswehr 2011), spricht für diese eher zurückhaltende Position. Mit Aussagen wie „Klimawandel kann genauso schädlich und zerstörerisch sein wie kriegerische Auseinandersetzungen“ (Auswärtiges Amt, 2011a) wird zudem der Vergleich zwischen Klimawandel und Krieg gewagt und im Zuge dessen die Notwendigkeit (nicht-militärisch)

stabilisierend zu handeln, unterstrichen.

Die schon in den frühen 90er Jahren aufgekommene Rhetorik über die „Klimakatastrophe“ und den „Klimatod“ findet sich spätestens seit den frühen neunziger Jahren auch in deutschen Parlamentsdebatten wieder. Diese auf den Klimawandel als Sicherheitsbedrohung ausgelegten Argumente verlaufen sich meistens dennoch eher in Risiko-Argumente. Konkrete Sicherheitsbedrohungen werden nicht ausgesprochen. Die Gefahr ist eher ein Risiko, dass entweder fernere Regionen oder Generationen betrifft. Ein gewisses Verantwortungsbewusstsein und damit auch ein Framing in Richtung eines globalen Umweltdiskurses wurde in Deutschland schon früh thematisiert:

"Wir können, wenn wir für unsere Kinder und Enkel, von denen wir die Erde und auch die Erdatmosphäre nur geborgt haben, das Überleben sichern wollen, nicht weiter so verbrauchen" (Ganseforth 1993).

Entsprechend konzentriert sich die Debatte bereits in den 90er Jahren und noch lange danach eher auf Reduktionsmaßnahmen und technische Fragen, denn auf Anpassungsmaßnahmen.

Ebenso wie in zahlreichen NGO-Reports und Medienberichten tendiert die deutsche Debatte bis zur Jahrtausendwende häufiger zu „riskifizierenden“ Argumenten, als zu einer konkreten Darstellung des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung. Konkrete Referenzobjekte oder Bedrohungen werden selten benannt. Bis auf wenige Ausnahmen distanzieren sich auch heute noch vor allem wissenschaftliche Akteure oftmals bewusst von einer alarmierenden Rhetorik (Interview 2014g, 2014p) und beschwören bei Verwendung dieser Kritik herauf.

Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass im Grunde nach bereits erfolgten vorhergehenden Versicherheitlichungen ein Konsens über den Klimawandel als Sicherheitsbedrohung- und Risiko existiert (Interview 2014g). In der Debatte wenden sich sowohl zivilgesellschaftliche als auch politische Akteure zunehmend den Maßnahmen zu, die ergriffen werden müssen (Interview 2014h). Eine Wendung hin zu mehr Schreckensszenarien aus der Sicherheitsperspektive vollzog sich erst in der Zeit zwischen 2005 und 2009, auch unter US-amerikanischem und internationalem Einfluss.

Neben den Medien als versicherheitlichenden Akteuren hat eine wachsende Zahl von vor allem Entwicklungshilfe- und Umweltorganisationen auf der Grundlage der Erkenntnisse von Klimawissenschaftlern eine Versicherheitlichung des Klimawandels in Deutschland betrieben. Die Wissensproduktion über das Phänomen, seine Ursachen und Konsequenzen macht vor allem die Wissenschaft zu einem wichtigen versicherheitlichenden Akteur, der eine relativ hohe

Glaubwürdigkeit genießt (Schmidt 2012: 69) wie auch die Präsenz von Wissenschaftlern in entscheidenden Gremien und Foren wie den UN zeigt. Deutschlands Klimaforschungslandschaft gehört seit Anfang der 90er Jahre zu den besten der Welt (Krueck et al. 1999). Das ausdifferenzierte Forschungssystem bildet die Grundlage für das Handeln vieler Akteure als Multiplikatoren. Die bereits erwähnten am WBGU-Bericht beteiligten Experten verfolgten beispielsweise eine Versicherheitlichung des Klimawandels auch über den Bericht hinaus in ihren eigenen Institutionen (Interview 2014e). Auch wenn sie dabei zunächst auf Widerstände stießen, setzten sie den Klimawandel als Sicherheitsthematik auf die Agenda wichtiger Organisationen wie dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) (Interview 2014e).

Das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) ist ein dominanter Akteur, der an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und (internationaler) Politik agieren kann und dabei sowohl von einer breiten nationalen als auch internationalen Öffentlichkeit gehört wird.

Neben dem PIK haben die ThinkTanks Adelphi, Germanwatch und Climate Analytics eine hohe Produktivität bezüglich des Medienechos (Nicola 2013; Bojanowski 2013). Der große Einfluss, auch einzelner Experten auf Regierungsorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene wurde unter anderem sichtbar, als Hans-Joachim Schnellhuber, Direktor des PIK, neben dem UN Generalsekretär und der Weltbank Präsidentin als Hauptredner in der UN Sicherheitsratsdebatte zu Klimawandel und Sicherheit im Jahr 2007 designiert wurde (Germanwatch 2013).

Mit Blick auf politische Akteure ist der Erfolg und Einfluss einzelner Parteien auf die deutsche Umwelt und Klima-Sicherheitsdebatte besonders im Vergleich zu Parteien in den USA, der Türkei und Mexico beachtenswert. In Deutschland trifft dies besonders für Bündnis 90/Die Grünen zu. Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet für die Grünen in erster Linie auch die Bewältigung der „Klimakrise“ (vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundestagsfraktion 2014). In Ihrer Regierungszeit mit der SPD konnten die Grünen die deutsche Umwelt- und Klimapolitik nachhaltig in diese Richtung prägen.

Bei den aus den unterschiedlichen Versicherheitlichungsdiskursen in Deutschland *resultierenden Politiken* ist insbesondere die Energiewende zu nennen, zu der der WBGU bereits in seinem einflussreichen Bericht von 2007 aufgerufen (Richert 2012). Angesichts dieser drastischen und teilweise experimentell anmutenden Maßnahmen wird Deutschlands Energie- und Klimapolitik nicht selten als „idealistisch“, „übertrieben optimistisch“ und teilweise auch „irrational“ bezeichnet (Umbach 2008). Die Außergewöhnlichkeit der Maßnahmen im Sinne unserer Versicherheitlichungsdefinition werden durch eine solche

Rhetorik unterstrichen. Im Gegensatz zu den USA zielen die Politiken dabei wie bereits erwähnt vor allem auf Reduktionsmaßnahmen und weniger auf Anpassung.

Als *Bedingungen für die erfolgreiche Versicherheitlichung des Klimawandels in Deutschland* können die bereits beschriebene ausdifferenzierte Forschungslandschaft, sowie die damit zusammenhängenden guten Finanzierungsmöglichkeiten für Wissenschaft und deren Ansehen und Reichweite in Medien, Öffentlichkeit und Politik gelten. Eine weitere Bedingung ist vor allem auch die Existenz einer ausdifferenzierten Medienlandschaft sowie einer Öffentlichkeit, die als „Publikum“ einer „Versicherheitlichung“ offen ist. Deutschland ist ein Land mit einer starken Kultur des Umweltschutzes, der sich fest im Bewusstsein verankert hat. Dies ist nicht zuletzt auch eine Folge der Anti-Atom Debatte, die unter anderem im Zusammenhang mit der Friedensbewegung steht (vgl. Rucht 2008) und sich später weiter in eine Klima-Schutz und schließlich Klima-Sicherheitsdebatte ausdifferenzierte. In Deutschland verfügen versicherheitlichende Akteure also nicht nur über einen gewissen „elitären“ und vertrauenswürdigen Status und Ressourcen, sondern sie operieren insgesamt auch in einem „freundlichen“ Milieu.

4.3. Türkei: Versicherheitlichung von außen und „Counter-Securitisation“

Das Umweltbewusstsein kam in der Türkei ähnlich wie in anderen Fällen vor allem in den 80er Jahren auf als Folge der direkt spürbaren Umweltverschmutzung in einer sich rasch entwickelnden Volkswirtschaft. Mit Blick auf den Politikprozess wurde dies mit dem Erlass des Umweltgesetzes (1983) und in den 5-Jahres Plänen der staatlichen Planungsinstitution spürbar. Es beschränkte sich jedoch auf die Einleitung von schnell wirkenden Maßnahmen zur Abhilfe des Problems und kann auch angesichts einer fortlaufenden Prioritätensetzung für wirtschaftliche und industrielle Entwicklung nicht, wie zum Beispiel im Deutschen Fall, als nachhaltig bezeichnet werden.

In Bezug auf klimapolitische Maßnahmen wurde im Jahr 1992 das „National Coordination Board on Climate Change“ innerhalb des Meteorologischen Instituts (MGM) gegründet. Zeitgleich wurde der MGM Bericht „Protection of the Atmosphere and Climate Change“ veröffentlicht. Ähnlich wie im Falle von Deutschland ging es hier aber eher noch um die Verringerung von Treibhausgasen mit Blick auf eine schwindende Ozonschicht.

Die Klima-Sicherheitsdebatte hat die Türkei erst nach 2008 und damit später als im Falle von Deutschland und den USA, aber etwa zeitgleich mit Mexiko erreicht. Dabei war die Durchschlagskraft des Klima-Sicherheitsargumentes sehr gering. Im Falle der Türkei kann man deshalb im Grunde nicht wirklich von einer „Debatte“ sprechen, da lediglich punktuelle

Beiträge und Aussagen vorliegen, die eine Verbindung zwischen Klimawandel, globaler Erwärmung und Sicherheit artikulieren, d.h. die als Versicherunglichungsversuche gewertet werden können. Derart Versuche sind in der Türkei bisher weitgehend ohne Effekt geblieben und auf taube Ohren in der Politik gestoßen (Interview 2014q).

Dies äußert sich in der bis in die Jahrtausendwende und im Grunde heute noch andauernden Passivität und Abwehrhaltung, die die Türkei in Sachen Klimaschutz und im internationalen Klimaregime eingenommen hat. Aus den Kyoto- und UNFCCC Prozessen hat sich die Türkei lange Zeit herausgehalten, vor allem aufgrund von Dissonanzen und eines Gefühls der Ungleichbehandlung durch die Vertragsstaaten, die als „Doppelmoral des Westens“ und „Last“ in Parlamentsdebatten bereits 1992 thematisiert wurde (TBMM 1992). Grundproblem war dabei die Nicht-Anerkennung der Forderung der Türkei nach einem Sonderstatus im Klimaregime. Das Land befand sich lange Zeit in der verzwickten Lage, im UNFCCC Rahmen sowohl als Annex A (Industrieland⁹) als auch Annex B (Entwicklungsland) eingestuft worden zu sein (Asan 2010: 142). Der Türkei ging es bei ihrem Insistieren auf eine Streichung aus dem Annex A vor allem darum, nicht denselben Reduktionsverpflichtungen zu unterliegen wie die Industrieländer sowie bei Vertragsbeitritt den Erhalt finanzieller und technischer Transferleistungen der Industrieländer zu sichern, die sie als Hauptverursacher dazu verpflichtet sah.

Insgesamt spielt das Thema Klimawandel in der Türkei nur einen Bruchteil der Rolle, die es beispielsweise in Deutschland spielt. Selbst im Vergleich mit Mexiko schneidet die Türkei als eine der sich am schnellsten entwickelnden Wirtschaften mit Blick auf Klimapolitiken und Nachhaltigkeit deutlich schlechter ab (Germanwatch 2012). Entsprechend wurde im Jahr 2003, zu einer Zeit, als die Klimasicherheitsdebatte in anderen Ländern wie Deutschland und den USA bereits in Gang war, in der Türkei noch darüber gestritten, ob man dem UNFCCC beitreten und das Kyoto Protokoll ratifizieren sollte. Die Türkei wurde infolgedessen erst 2004 Vertragspartei des UNFCCC und ratifizierte als eines der letzten Länder im Jahr 2009 das Kyoto Protokoll (Türkmenoğlu 2012; Ecer 2010), noch weit hinter Mexiko, das dem Kyoto Protokoll bereits 1997 beigetreten war und das UNFCCC bereits 1993 ratifiziert hatte.

Institutionelle Umstrukturierungen seit 2012 deuten darauf hin, dass der Klimawandel nicht mehr den gesonderten Stellenwert genießt, wie noch in der Zeit nach 2004, als die Türkei nach Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen im Eiltempo diverse staatliche Institutionen, die sich mit Klimawandel befassten, schuf. So wurde das Büro für Klimawandel, welches dem

⁹ Dies unter anderem aufgrund seiner Mitgliedschaft in Bündnissen, denen generell westliche Industrienationen angehörern, wie z.B. der NATO.

Ministerium für Umwelt und Urbanisierung unterstand, im Februar geschlossen und dem Büro für Wetter Management angegliedert (Yeşilgazete 2013).

Vor diesem Hintergrund von *vorherrschenden Versicherheitlichungen* zu sprechen, bedeutet eine Bezugnahme auf einen Diskurs, der innerhalb einer kleinen Gruppe von Wissenschaftlern, Bürokraten und zivilgesellschaftlich Engagierten stattfindet (vgl. auch Interview 2014r) und nur selten über Veröffentlichungen verbreitet wird. Die breite Öffentlichkeit und ebenso wichtige wie breite Schichten von Entscheidungsträgern und Meinungsmachern sind deshalb durch bisher erfolgte Versuche der Versicherheitlichung nicht erreicht worden. Im Falle der Türkei fehlt also das für den Versicherheitlichungsprozess so wichtige Element des Publikums. Versuche, den Klimawandel zu versicherheitlichen hat es dennoch gegeben, und zwar meist von außen, d.h. entweder von Seiten der EU oder von Seiten Internationaler Governmentaler oder Non-Governmentaler Organisationen wie dem Green Environmental Fund (GEF) des UNDP, die Regional Environmental Centers (REC), 350.org, Greenpeace und WWF, oder von Einzelpersonen, die häufig in einem internationalen Kontext stehen.

Auch im Hinblick auf die Rhetorik im Klima-Sicherheitsdiskurs trifft man hauptsächlich auf „Importe“ (Interview 2014q). Darunter leidet in erster Linie die Glaubwürdigkeit der Entscheidungsträger und Akteure, mit Ausnahme von unabhängig agierenden Umweltaktivisten. Der Diskurs scheint zumindest auf der Regierungsebene aus dem EU-Beitrittskontext aufgrund politischen Drucks oder neuer Finanzierungsquellen übernommen zu sein. Entsprechend dieser Beobachtung und analog auch zum internationalen Politikprozess können erste Ansätze eines Klimawandel-Sicherheitsdiskurses erst zwischen 2007 und 2009 ausgemacht werden, als David Miliband im Vorfeld des Klimagipfels von Kopenhagen als damaliger britischer Außenminister an einer Sitzung der Umweltkommission im türkischen Parlament teilnahm (TBMM 2009) und in seiner dortigen Rede auch die Sicherheitsbedrohungen, die durch die globale Erwärmung auf das politische, ökonomische, kulturelle Leben und die Sicherheit der Weltgemeinschaft Auswirkungen haben, darlegte.

Zeitgleich können vereinzelte Versicherheitlichungsversuche von Seiten einzelner türkischer *Akteure* verortet werden, die sich oft unter Verweis auf prominente Gremien (UNFCCC, IPCC) und Berichte wie dem CNA Report an einer Rhetorik, wie sie hauptsächlich in den USA gepflegt wird, bedienen. Der General a.D. Nejat Eslen ist, wenn nicht der einzige, einer der wenigen Militärs in der Türkei, die den Klimawandel 2007 in eine Zeitungskommentar als hoch brisantes Thema wahrgenommen und als deutlichen Sprechakt artikuliert hat:

„Der Klimawandel muss in der Türkei als ein ernstzunehmendes Sicherheitsproblem anerkannt werden. Ebenso muss auf dieser Grundlage eine umfassende Strategie entwickelt werden. Die Auswirkungen des Klimawandels im Nahen Osten sind bereits jetzt zu spüren. Der Klimawandel führt hier zu Ernteeinbußen, Gesundheitsproblemen, Wasserarmut und Migration und kann Wegbereiter für Spannungen und Konflikte sein“ (Eslen 2007).

Als Inhaber der wichtigsten Wasserquellen müsse die Türkei den durch den Klimawandel bedingten Effekte die im Nahen Osten drohen begegnen und sich dagegen wappnen. Eslen prophezeit zukünftige Konflikte um Wasser an und präsentiert den Klimawandel als Auslöser für militärische Auseinandersetzungen und existenzielle Grundversorgungsprobleme. Diese Art der Versicherheitlichung entspricht eher einer Repräsentation des Klimawandels als Sicherheitsproblem denn als Sicherheitsrisiko, die vor allem unter politischen Entscheidungsträgern vorherrschend ist. So hat die Repräsentation des Klimawandels als Sicherheitsproblem zwar auf dem Papier Einzug gehalten in türkische Militärplanung (Hürriyet Daily News 2010), auf der türkischen Sicherheitsagenda spielt bisher jedoch lediglich das konkrete Problem eines möglichen Wasserkonfliktes mit Syrien und dem Irak eine Rolle (vgl. Interview 2014r). Diese Art von Kurzsichtigkeit und stark territorial und temporär beschränktem Denken ist typisch für den türkischen Klimawandeldiskurs. Von konkreten Phänomenen wie Wasserarmut wird die Brücke hin zum größeren Problem meist nicht geschlagen. Infolgedessen wird eine Darstellung des Phänomens als Sicherheitsbedrohung oder –Risiko natürlicherweise ausgelassen.

Von politischer Seite wird der Klimawandel als Bedrohung meist nur dann artikuliert, wenn sich konkrete Effekte wie Wasserarmut und damit einhergehende landwirtschaftliche Ertragseinbußen vor allem für die einfache Landbevölkerung zeigen, die für die Politik spürbare Folgen wie Stimmeneinbußen haben könnten. Zudem zeichnet sich die Haltung unter türkischen Entscheidungsträgern und Meinungsmachern trotz vereinzelter Versicherheitlichungsversuche vor allem durch eine Skepsis und Resistenz gegenüber der Wahrnehmung oder Darstellung von Klimawandel als Sicherheitsbedrohung oder Risiko aus, die sich in den untersuchten Parlamentsdebatten widerspiegelt. Meist werden Problematiken wie Wasserarmut und Dürre nicht in Verbindung gebracht mit dem Klimawandel als dahinterstehendem Problem (Interview 2014r).

Zahlreiche Faktoren haben einen Einfluss darauf, dass Versuche, den Klimawandel zu versicherheitlichen in der Türkei nur punktuell stattfinden. Einer dieser Faktoren lässt sich auf die gesamte türkische Politik bis kurz nach der Jahrtausendwende, als die konservativ-

islamische AKP Regierung an die Macht kam, übertragen: häufig wechselnde Regierungen und Kabinette, die sich teilweise nur einige Monate hielten, haben ab den 1950er Jahren die Entwicklung kohärenter Politiken gelähmt und langfristige Planung und nachhaltiges Denken nahezu unmöglich gemacht. Erst seit die AKP mit einer relativ stabilen Zustimmung aus der Bevölkerung eine relative Konstanz in den Regierungsalltag gebracht hat, sind auch mit Blick auf Umwelt- und Klimapolitik klarere Schritte möglich geworden.

Ein weiterer Grund ist die Schwäche der Zivilgesellschaft und damit das eklatante Fehlen von Akteuren, die ein Interesse an der Versicherheitlichung des Klimawandels haben könnten. Es gibt nur eine vergleichsweise geringe und meist nicht auf die Problematik spezialisierte Zahl an NGOs, die untereinander wenig vernetzt sind. Bis zum Jahr 2010 war die TEMA Stiftung die einzige türkische Organisation mit Beobachterstatus beim UNFCCC (Wellmann 2014). Häufiger sind es Umwelt-NGOs, die sich den Klimawandel mit auf die Fahnen schreiben, deren eigentliche Interessen aber anderswo liegen. Weiterhin fällt besonders im Vergleich zu Ländern wie Deutschland und den USA die schwache Infrastruktur und geringe Förderung der Forschung im Allgemeinen, und auch im speziellen in Bezug auf den Klimawandel auf. Klimawissenschaftler in der Türkei lassen sich an einer Hand abzählen. Damit ist das wissenschaftliche Potential für eine Versicherheitlichung des Klimawandels äußerst schwach. Es lassen sich dementsprechend auch nur sehr wenige Forschungszentren ausmachen, die sich überhaupt mit Klimawandel beschäftigen (z.B. das Eastern Mediterranean Climate Research Center; Bogazici University Environmental Center and Center for Climate Change). Dies geschieht zudem meist eher aus einer technischen und nicht sozialwissenschaftlichen Perspektive, sodass die Verknüpfung von Themen wie Klimawandel und Sicherheit in Form von Wasserarmut, Hungersnöten, Naturkatastrophen und Migration ausbleibt. Als ein weiterer Grund für das Scheitern der Versicherheitlichung können der Argwohn und die Skepsis gegenüber der Problematik und dem Westen als „Hauptmahrer“ in Bezug auf die Klimawandelproblematik genannt werden, die die Glaubwürdigkeit des Arguments untergraben. In den extremsten Fällen ist von einer „westlichen Doppelmoral“ (TBMM 1992: 270) die Rede.

Das Fehlen der Forschung und Zivilgesellschaft in der Türkei mag man begründen mit dem Argument von „Klimawandel“ als Luxusproblem. Dies ist jedenfalls die vorherrschende türkische Selbstbeurteilung (Hürriyet Daily News 2011, Interview 2014q, 2014s, 2014r). Demnach hat die Türkei als Entwicklungsland keine Kapazitäten, sich um die Bekämpfung des Klimawandels zu scheren. Dieses Argument hat die Türkische Politik lange Jahre beherrscht (Interview 2014r).

Als letzten Endes größtes Hindernis für eine erfolgreiche Versicherheitlichung des Klimawandels im gesellschaftlichen Diskurs muss, auch unter Bezugnahme auf das Argument des „Luxusproblems“, die türkische Prioritätensetzung am Scheidepunkt zwischen rasanter wirtschaftlicher und Gesellschaftlicher Entwicklung und Nachhaltigkeit genannt werden. Starke politische und wirtschaftliche Interessen im In- und Ausland stehen der Wahrnehmung und Akzeptanz des Klimawandels als Sicherheitsproblem und –Risiko im Wege. Die Regierungspartei AKP baut ihren Erfolg auf die wirtschaftliche Entwicklung und legt in dieser Hinsicht, insbesondere was die Energieversorgung angeht, eine kompromisslose Haltung an den Tag. Im Zusammenhang dazu steht auch als Folge eines geopolitischen Kuhhandels im existenziellen Energiesektor die Zementierung der Nutzung fossiler Energieträger unter russischer und iranischer Beteiligung. Die Versicherheitlichung der Energieversorgung einer wachstumstrunkenen Wirtschaft und Gesellschaft steht der Versicherheitlichung des Klimawandels als eine Form von „Counter-Securitization“ im Wege. Entsprechend äußert sich auch die sehr exotische Auffassung des Bedrohungspotentials durch den Klimawandel in der Stellungnahme der großen Nationalversammlung aus dem Jahr 2007, wonach die Türkei „noch nicht an einen Punkt gelangt, an dem eine tatsächlich Gefahr durch den Klimawandel drohe“ (TBMM 2007).

4.4. Mexiko: Gescheiterte Versicherheitlichung aber erfolgreiche Politisierung

Im Gegensatz zur Türkei wurden Umweltthemen und insbesondere der Klimawandel in Mexiko für ein Entwicklungsland ungewöhnlich früh umfassend thematisiert und in verschiedene Planungsschemata¹⁰ mit aufgenommen. Das lag unter anderem daran, dass Mexiko im Laufe der 1980er Jahre eine graduelle Politik der wirtschaftlichen aber auch politischen Öffnung betrieb und zunehmend auch internationale Umweltnormen übernahm (Peters/Maihold 2007: 8; Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 4). Dabei spielte auch die recht hohe Vulnerabilität Mexikos gegenüber Umweltereignissen eine Rolle, die ein gesteigertes Engagement in Umwelt- und Klimafragen sinnvoll erscheinen ließ (Salazar/Masera 2010; Wolf 2007; Lucke 2013b). Die konkrete Bearbeitung des Klimathemas wurde anfangs vor allem vom aktiven Engagement Mexikanischer Umwelt- und Klimawissenschaftler, unterstützt durch das *US-Country Studies Programm*, welches Entwicklungsländer bei der Entwicklung von Klimapolitiken unterstützte, vorangetrieben (Pulver 2006: 51; Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 3–5). Mit Bezug auf das Kyoto

¹⁰ Der Schutz der Umwelt erlangte bereits 1987 Verfassungsrang und wurde 1988 als allgemeines Umweltschutzgesetz weiter ausgebaut. Die Klimarahmenkonvention wurde schließlich 1993 ratifiziert Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 4.

Protokoll bestand zudem die Hoffnung auf umfangreiche Investitionen und Einnahmen durch Projekte im Rahmen des *Clean Development Mechanism* (Pulver 2006). Die Vorbereitungen auf die 2010 in Mexiko stattfindenden Klimaverhandlungen (COP 16) und vor allem das Aufgreifen des Themas durch Präsident Calderon¹¹ nach seiner Amtsübernahme im Jahr 2006 gaben der Klimadebatte in Mexiko weiteren Schwung und mündeten später in landesweiten Klimastrategien und schließlich im allgemeinen Klimagesetz von 2012 (Akerberg 2011: 37; Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 5–7). Im Jahr 2008 kann schließlich der Beginn der Klimasicherheitsdebatte in Mexiko ausgemacht werden. Nach einer ersten Diskussion von Klimasicherheitsargumenten während einer Veranstaltung von GLOBE International und der Weltbank in der *Camara de Diputados*, wurde das Thema in der Zeit von 2008-2011 von weiteren internationalen Akteuren in Zusammenarbeit mit Mexikanischen NGOs versucht in der mexikanischen Politik zu verankern (Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 7–8; Feakin/Depledge 2010).

Was die *vorherrschenden Sicherheitsdiskurse* angeht ist auffällig, dass vor allem im Vergleich mit den USA die Risikodimension eine sehr viel größere Rolle zu spielen scheint.¹² Die relevanten Berichte sprechen eher von potentiellen Risiken in der Zukunft als von definitiven, unmittelbaren Sicherheitsproblemen, wie dieses Zitat des britischen Think Tanks Royal United Services Institute (RUSI), der einer der wichtigsten Versicherunglichungsakteure in Mexiko war, verdeutlicht:

»The potential security impacts of climate change highlighted in this report are not inevitable; this study functions as a risk assessment to highlight important areas of concern. How proactively governments investigate and incorporate climate-driven risk assessments into their future planning will have a direct bearing on how severely climate change impacts their security situations in the coming years« (Feakin/Depledge 2010: 21).

Was die Ebene des Referenzobjektes angeht dominiert die Individualebene in Mexiko (CCC 2008: 4; Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 8; Deheza 2011: 9). Sie wird zwar ähnlich wie im US-Fall oft mit der territorialen Ebene verknüpft, allerdings bleibt im mexikanischen Fall das

¹¹ Neben des tatsächlichen Interesses am Thema, war ein Grund für das Aufgreifen des Klimathemas durch Calderon, dass er durch das Prestige, was er mit der Besetzung des Klimathemas auf internationaler Bühne sammelte, von innenpolitischen Problemen ablenken konnte Interview 2014b.

¹² Allerdings ist die Abgrenzung zur Sicherheitsdimension nicht immer ganz trennscharf vorzunehmen da im mexikanischen Fall häufig Sicherheitsargumente mit Risikovokabular vermischt werden. Dennoch lässt sich feststellen, dass vor allem in Abgrenzung zum US-amerikanischen Fall deutlich mehr Risikoargumente genutzt werden.

Individuum meist das Hauptreferenzobjekt der Versicherheitlichung, wie diese Argumentation aus einem Report von *Initiative for Peacebuilding – Early Warning Analysis to Action* veranschaulicht:

»However, an adversarial reaction could exacerbate existing tensions and social anxiety if things are not resolved, which could, in turn, lead to violent conflict and thus further decrease the quality of life and increase the vulnerability of people [...]« (Brodziak et al. 2011: 21).

Auch die globale Umwelt wird vereinzelt als Referenzobjekt erwähnt, aber auch hier zielt die Argumentation letztendlich auf bedrohte Individuen (Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 3). Gründe für die Dominanz der Risikodimension und der Individualebene sind, dass RUSI als wichtigster Versicherheitlichungsakteur explizit das Ziel hatte einen neuen, erweiterten Sicherheitsbegriff in die Debatte einzubringen (Feakin/Depledge 2010: 5) und auch die weiteren Akteure einen vor allem Menschenrechts basierten Sicherheitsbegriff nutzten (Brodziak et al. 2011: 10–11). Zudem bietet sich aufgrund der starken Vulnerabilität Mexikos und seiner oft armen Bevölkerung (Wolf 2007: 36) die Nutzung der Individualebene an. Damit einhergehend erlangte die Klimasicherheitsdiskussion in Mexiko vor allem punktuell im Zuge schwerer Umweltkatastrophen (Interview 2014a, 2014b), an Aufmerksamkeit und wurde auch generell als Sicherheitsproblem in den Medien des Landes diskutiert (La Jornada 2009; Reforma 2010). Auch im Senat und in der Camara de Diputados wurden Klimasicherheitsargumente – häufig als eine Mischung der Territorial und Individualebene – vereinzelt debattiert:

»Dieses Szenario erfordert sofortiges Handeln und betrachtet den Klimawandel als Frage der nationalen Sicherheit, wobei dieser Sicherheitsbegriff hier Lebensmittelsicherheit, Gesundheitsversorgung, Wasserversorgung, Energieverbrauch und Katastrophenschutz als wichtige Fragen des nationalen Interesses miteinschließt« (Senado de la Republica 2013: 4, eigene Übersetzung).

Trotz der geschilderten vereinzelt Versichertlichungsversuche, konnten die Klimasicherheitsdiskurse in der mexikanischen Debatte aber nie wirklich dauerhaft Fuß fassen oder gar zum dominanten Klimadiskurs aufsteigen (Interview 2014c, 2014d).

Parallel zur marginalen Bedeutung des Klimasicherheitsarguments lassen sich in Mexiko nur wenige *Akteure* identifizieren, die aktiv eine Versicherheitlichung des

Klimawandels vorangetrieben haben. Auffällig ist zudem das die relevanten Versicherheitlichungsversuche in erster Linie von internationalen Akteuren angestoßen wurden¹³. Neben der erwähnten Veranstaltung von GLOBE International im Jahr 2008, ging der erste intensivere Versuch von dem internationalen Zusammenschluss mehrerer NGOs *Partners for Democratic Peace International* (PDCI) zusammen mit einer Reihe mexikanischer NGOs¹⁴ und dem *UNDP* aus (Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 9–10). Durch die Verbindung mit Sicherheit versprachen sich die Organisationen mehr Aufmerksamkeit für das Thema und die Dringlichkeit der Behandlung in Mexiko durch das Parlament hervorzuheben (Interview 2014d; Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 10, 12). So wurden zwischen 2008 und 2009 Umfragen und Workshops mit mexikanischen Abgeordneten (der *Camara de Diputados*) und weiteren Stakeholdern durchgeführt um die Verbindung zwischen Klimawandel und nationaler Sicherheit zu erläutern und die Notwendigkeit zeitnaher Mitigations- und Adaptationsmaßnahmen hervorzuheben (CCC 2008; Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 10–17). Gefördert wurde diese Arbeit von der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung, der Tinker Foundation und der britischen Botschaft in Mexiko (CCC 2008: 11)¹⁵. Anschließend veröffentlichte PDCI eine weitere Studie zur Verbindung zwischen Klimawandel und Sicherheit unter anderem gefördert von der EU als Teil eines globalen Projektes¹⁶ zu Klimawandel und Konflikten (Brodziak et al. 2011).

Ebenfalls im Jahr 2008 startete die britische Botschaft in Mexiko zusammen mit RUSI den zweiten größeren Versicherheitlichungsversuch in Mexiko. Das vom britischen *Prosperity Fund* geförderte Projekt untersuchte die sicherheitsrelevanten Folgen des Klimawandels in Mexiko mit dem Ziel diese Verbindung den mexikanischen Politikern näher zu bringen und in der fünften mexikanischen Kommunikation an die UNFCCC zu verankern (Interview 2014c)¹⁷. Dafür lud die Botschaft zusammen mit RUSI wichtige Stakeholder der mexikanischen

¹³ Neben diesen direkt auf die politische Ebene zielenden Versicherheitlichungsversuchen gab es auch einige wissenschaftliche Akteure (ins besondere Simone Lucatello, Ursula Oswald Spring, Andrés Avila Akerbegr, vgl. Oswald Spring 2012; Akerberg 2010), die sich mit dem Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit in Mexiko beschäftigt haben. Sie spielten allerdings für die politische Debatte keine große Rolle sondern lieferten die Grundlagen für die genannten Versicherheitlichungsversuche.

¹⁴ Centro de Colaboracion Civica (CCC), Centro Mario Molina (CMM), Centro Mexicano de Derecho Ambiental (CEMDA), Comision de Estudios del Sector Privada para el Desarrollo Sustentable (CESPEDES).

¹⁵ Die Zusammenarbeit mit der Botschaft endete 2009 nachdem es unterschiedliche Auffassungen über Sinn und Zweck der Arbeit gab. Während PDCI eher den Prozess im Vordergrund sah, wollte die Botschaft konkrete Ergebnisse sehen Interview 2014d.

¹⁶ Initiative for Peacebuilding – Early Warning Analysis to Action (IfP-EW) (<http://www.ifp-ew.eu>).

¹⁷ Mit ein Grund für diesen Vorstoß der Briten war sicherlich die lebhafteste Klimasicherheitsdiskussion im Vereinigten Königreich zu der Zeit Rothe 2013: 213.

Klimapolitik¹⁸ zu Workshops ein, auf denen Erfahrungen über das Thema ausgetauscht werden sollten und die schließlich in mehrere Berichte mündeten (Feakin/Depledge 2010; Deheza 2011)

Was konkrete Erfolge und daraus *resultierende Politiken* angeht waren allerdings beide Versicherheitlichungsversuche nur mäßig erfolgreich. Der PDCI Vorstoß konnte einige Ergebnisse¹⁹ seiner Workshops in Gesetzen verankern und führte zu einer politischen Absichtserklärung zum Thema Klimasicherheit (Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 15). Er hatte aber insgesamt Probleme, die Stakeholdern nachhaltig für das Thema zu gewinnen, da es für sie zum einen relativ neu und ungewöhnlich war und zum anderen aufgrund der hohen Fluktuation des politischen Personals schnell wieder in Vergessenheit geriet (Interview 2014d). Zudem trat die Verbindung zu Sicherheit während des Dialogprozesses zunehmend in den Hintergrund und es wurden vorwiegend allgemeine Klimathemen diskutiert (Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 40).

Auch das britische Vorhaben resultierte nicht in nachhaltigen Planungen oder gar der prominenten Integration von Klimasicherheit in mexikanischen Gesetzen. Ein wichtiger Grund hierfür war, dass das Projekt vom mexikanischen Außenministerium als Kritik an der mexikanischen Sicherheitspolitik und somit als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Mexikos aufgefasst wurde. Dies führte sogar zu kurzfristigen diplomatischen Verstimmung und verhinderte schließlich, dass die Ergebnisse des Projektes in größerem Maßstab in der mexikanischen Klimapolitik und Gesetzgebung genutzt werden konnten (Interview 2014c). Zu diesem Zeitpunkt begann Mexiko auch zunehmend eine eigenständigere und selbstbewusstere Klimapolitik zu betreiben – das »Window of Opportunity«, währenddessen diese Politik von »Norm-Entrepreneuren« relativ einfach von außen in eine bestimmte Richtung beeinflusst werden konnte, hatte sich geschlossen. Trotz des Scheiterns beider Versicherheitlichungsversuche, was die Generierung einer größeren Aufmerksamkeit angeht, wurden Klimasicherheitsargumente vereinzelt im Parlament in den Debatten zum Klimagesetz genutzt und haben so möglicherweise einen kleinen Teil zur Annahme des Gesetzes beigetragen. Zudem taucht der Klimawandel in den mexikanischen Sicherheitsstrategien 2008-2012 und 2014-2018 auf.

Neben den genannten konkreten Gründen für den mäßigen Erfolg der beiden Versicherheitlichungsinitiativen lassen sich auch einige *strukturelle Bedingungen* finden. So

¹⁸ Unter anderem CEPAL, GLOBE, SEMARNAT, CONAGUA, INE, INM, CISEN, CEMDA, Heinrich-Böll-Stiftung, OXFAM, IMCO und Greenpeace.

¹⁹ Etwa zur Vulnerabilität bestimmter Sektoren wie der Fischerei Sánchez Gutiérrez et al. 2009: 15

machte die recht frühe und progressive Behandlung des Klimathemas in Mexiko eine weitere Intensivierung der Debatte mittels einer versicherheitlichenden Argumentation möglicherweise überflüssig. In diesem Zusammenhang berichteten mehrere NGO-Vertreter in Mexiko von den guten Beziehungen zwischen NGOs und Regierung, die sich was die Behandlung des Klimawandels anging oft einig waren (Interview 2014b, 2014a). Die wirklichen Probleme in Mexiko lagen nicht darin, dass es keine Aufmerksamkeit für Klimathemen oder entsprechende Gesetze gab, sondern eher in der konsequenten Umsetzung dieser Gesetze vor allem auf lokaler Ebene. Ein weiterer Faktor ist die – vor allem im Kontrast zu vergleichbaren Ländern wie Brasilien – relativ geringe Anzahl mexikanischer NGOs, die sich nachhaltig an der Klimadebatte beteiligen. Dies liegt vor allem daran, dass die Demokratisierung des Landes noch nicht lange zurück liegt (2000) und daher die zivilgesellschaftliche Organisation noch nicht so weit fortgeschritten ist (Peters/Maihold 2007: 36). Aufgrund dessen fehlte es möglicherweise an einflussreichen mexikanischen Akteuren – mit tiefgehenden Kenntnissen der wichtigen politischen Akteure im Land –, die eine Versicherheitlichung konsequenter hätten vorantreiben können. Ein weiterer Grund für das Scheitern ist die Dominanz anderer Sicherheitsprobleme, etwa das organisierte Verbrechen und der Drogenkrieg. Ein »weiches« Sicherheitsthema wie der Klimawandel konnte in diesem Umfeld nur schwer dieselbe Aufmerksamkeit erlangen (Interview 2014b, 2014d). Schlussendlich spielte die schon erwähnte hohe Fluktuation des politischen Personals eine wichtige Rolle²⁰. Das führt dazu, dass das politische Personal oft unerfahren ist und Lobbyorganisationen es schwer haben ein bestimmtes Thema langfristig bei den entscheidenden Akteuren zu verankern (Marketline 2012: 36, Interview 2014b, 2014d).

Abschließend lässt sich konstatieren, dass die Klimasicherheitsdebatte in Mexiko trotz kleinerer Erfolge nie die gleiche Aufmerksamkeit erlangte wie etwa in den USA oder Deutschland und so muss die Versicherheitlichung schlussendlich als nur sehr begrenzt einflussreich eingestuft werden.

Folgende *Tabelle 2* fasst noch einmal die wichtigsten Erkenntnisse aus den vier Länderfällen zusammen:

²⁰ Die Amtszeit im Senat beträgt sechs Jahre, in der Camara de Diputados nur drei Jahre, eine direkte Wiederwahl ist nicht möglich. Nach ihrer Amtszeit wechseln Politiker häufig wieder auf die lokale Ebene oder in die Privatwirtschaft. Auch in den Ministerien wird nach einem Regierungswechsel oft ein Großteil des Führungspersonals ausgetauscht Marketline 2012: 36; Interview 2014f.

Tabelle 2: Die vier Länderfälle im Vergleich				
	USA	Mexiko	Deutschland	Türkei
Dominanter Diskurs	1. Territorialsicherheit (TS) und 2. Individualsicherheit in Verbindung mit TS	1. Individualrisiko 2. Territorialrisiko teilweise mit Sicherheitsdimension vermischt	1. Individualrisiko (Ausland) 2. Territorialsicherheit 2. Globales Umweltrisiko	Nicht als Diskurs oder Debatte existent Einzelne Versicherheitlichungsversuche zielen auf: 1. Territorialsicherheit 2. Individualsicherheit (Inland)
Haupt-Akteure	CNA CNAS CSIS CCS	Britische Botschaft RUSI PDCI CCC	WBGU PIK DIE Adelphi Germanwatch Climate Analytics Bündnis 90/Die Grünen Auswärtiges Amt	Einzelpersonen (Umwelt- und Klimaaktivisten, einzelne Bürokraten und Militärs) EU/UN Greenpeace WWF TEMA Stiftung
Haupt-Ereignisse	1991: Klimawandel in NSS, Debatte um Umweltsicherheit, Projekte an Schnittstelle von Umwelt und Sicherheit 2003: Veröffentlichung Pentagon Studie, langsame Neubelebung der Klimasicherheits-Debatte 2007: Veröffentlichung CNA Report – sehr viele weitere Think Tank Berichte 2007-2010: Viele Debatten Im Kongress zu Klimasicherheit 2010: QDR erwähnt Klimawandel, in der Folge Integration von Klimasicherheit in Planungsschemata des Verteidigungssektors	2008-2011 PDCI/CCC Projekt 2009-2011 Britische Botschaft/RUSI Projekt 2011 Diplomatischer Zwischenfall und vorläufiges Scheitern des Versicherheitlichungs-Versuchs	1986: Der Spiegel Titel „Die Klimakatastrophe“ 1990er Jahre: Gründung PIK / MPI / Wuppertal Institute 1998: Beginn der Rot-Grünen Koalition 2007: WBGU Bericht „Klimawandel als Sicherheitsrisiko“ Deutsche EU + G8 Präsidentschaft Heiligendamm Nach Kopenhagen 2009: Ernüchterung bei vielen Akteuren 2010: Energiewende 2011: Deutschland bringt den Klimawandel in den UN Sicherheitsrat	2007: Presseveröffentlichungen als Folge des US-amerikanischen Diskurses 2004: Zunahme von Klimapolitiken und Gesetzgebung, hauptsächlich motiviert durch den EU-Anpassungsprozess 2008: Rede von David Miliband zu Klimawandel im türkischen Parlament ab 2010: Zunahme von Extremwetterphänomenen und Wasserarmut erleichtert es zivilgesellschaftlichen Akteure sich Gehör zu verschaffen, d.h. Versicherheitlichungsversuche zu unternehmen.

Einfluss auf Politiken	Hoch: Viele Debatten und Gesetzesvorlagen im Kongress, Integration von Klimasicherheit in zentrale Planungsdokumente des Verteidigungssektors	Niedrig: Vereinzelte Debatten im Parlament, Nur geringer Einfluss auf Gesetze, Klimawandel in NSS 2008 und 2012 erwähnt	Hoch: Energiewende, CDU-Sicherheitsstrategie, Einfluss bis auf die EU Ebene und UN Sicherheitsrat	Kein Einfluss (Einfluss/Politikveränderung nur über Druck von Internationalen Akteuren wie EU/UN)
-------------------------------	---	---	---	--

5. Schlussfolgerungen

Unser Ziel in diesem Beitrag war es, die von uns ausgemachte empirische Lücke in der inzwischen sehr breiten Forschung zur Versicherunglichung des Klimawandels durch eine komparative Analyse von Versicherunglichungsprozessen in vier Ländern zu schließen. Als zentrales Analyseraster diente uns hierbei ein von uns an anderer Stelle (Lucke et al. 2014) bereits ausführlich vorgestelltes Schema, das sechs verschiedene Formen von Versicherunglichung entlang zweier Dimensionen (Sicherheit/Risiko und Referenzobjekt) unterscheidet.

Unsere Fallanalysen scheinen auf den ersten Blick wenig verallgemeinerbare Schlüsse zuzulassen. Die Versicherunglichungsprozesse, so vorhanden, verliefen in den vier Ländern sehr unterschiedlich und hingen von den nationalen Kontexten ab. Genau darin liegt jedoch ein erster Befund: Unsere Untersuchung bestätigt die Argumentation von Stritzel (2007; 2011), Balzacq (2005) und anderen, dass Formen und Erfolg von Versicherunglichung vom jeweiligen Umfeld abhängig sind. Es ist daher letztlich kein Zufall, dass in den USA die territoriale Sicherheitsartikulation überwiegt, sondern Ausfluss spezifischer sozialer (Rolle des Militärs und Selbstverständnis als globale Ordnungsmacht) und diskursiver (Relevanz der nationalen Sicherheit) Machtverhältnisse. Gleichmaßen lässt sich für den deutschen Fall festhalten, dass die dortige Betonung von individueller Sicherheit und der Risikokonzeption ohne den etablierten Einfluss von NGOs, die Rolle der Friedens- und Umweltbewegung sowie den bereits etablierten Umweltsicherheitsdiskurs kaum denkbar ist. In Mexiko und der Türkei haben wir es hingegen eher mit einer Abwesenheit von Versicherunglichung zu tun, die sich zwar teilweise aus dem sozioökonomischen Status der beiden Länder heraus erklären lässt und im Diskurs auch so gerechtfertigt wird, in den beiden Fällen aber doch unterschiedlich ausgeprägt ist. So gelang es in Mexiko schon früh, Klimapolitik im politischen Alltagsgeschäft zu verankern, was eine Versicherunglichung zunächst nicht notwendig machte, während im politischen Diskurs der Türkei klassische wirtschafts- und sicherheitspolitische Fragen nach

wie vor überwiegen, und nicht zuletzt aufgrund der bis in die neuere Zeit schwachen zivilgesellschaftlichen Struktur es an Akteuren mangelt, die eine Versicherheitlichung hätten vorantreiben können.

Dies führt uns zu einem zweiten Befund. In allen Fällen waren es Individuen als Norm Entrepreneurs (oder eben deren Abwesenheit), die die Versicherheitlichung aus eigenem Interesse vorantrieben (oder nicht), die aber in ihrer Artikulation und in ihrem Erfolg von den diskursiven Rahmenbedingungen abhängig waren. So konnten wir zeigen, wie die klimapolitischen Akteure in den USA ganz bewusst die Nähe zu den Militärs und eben nicht zu umweltpolitischen NGOs suchten, um so ihren Artikulationen mehr Gewicht zu verleihen. Im Kontrast dazu war der deutsche Diskurs sehr viel mehr vom Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und vom Ansehen der NGOs geprägt. Selbst in Mexiko war die vergleichsweise progressive Klimapolitik innenpolitischen Überlegungen geschuldet; die letztendlich gescheiterten Versicherheitlichungsversuche wurden wiederum von externen Akteuren wie RUSI vorangetrieben, die eigenen Projektförderungsanreizen folgten, ihre Artikulationen jedoch nicht in den lokalen Diskurs übersetzen konnten. Im politischen Gefüge der Türkei wiederum gab es in der Elite lange Zeit keine entsprechenden Akteure, die klimapolitische Interessen effektiv hätten verfolgen können, während Umwelt-NGOs mit Klimainteressen politisch und diskursiv marginalisiert waren.

Die Folgen dieser unterschiedlichen Versicherheitlichungsprozesse für die Politik sind in unserer Analyse auch deutlich zutage getreten. In den USA, in denen die Territoriale Sicherheit in den Debatten dominiert, geht es entsprechend vor allem um die Adaption insbesondere des militärischen Sektors an die veränderten klimapolitischen Rahmenbedingungen, nicht aber um die effektive Bekämpfung der Ursachen, so dass die fehlende Ratifizierung des Kyoto-Protokolls aus dieser Sicht kaum mehr überrascht. Betont werden muss dabei, dass es selbstverständlich auch in den USA Befürworter des Kyoto-Protokolls gab und insbesondere auf einzelstaatlicher Ebene progressive Klimapolitiken verfolgt wurden. Dennoch entspricht die Tendenz der bundesstaatlichen Politik der von uns festgestellten diskursiven Tendenz in der breiteren Debatte. Im Gegensatz dazu führt die andersgelagerte Versicherheitlichung in Deutschland zur Legitimation von einschneidenderen Maßnahmen im Hinblick auf eine Mitigation des Klimawandels als solche (vgl. Geden 2009; Richert 2012), selbst wenn auch dies umstritten ist und immer wieder auch im Widerstreit unterschiedlicher Interessen hinterfragt wird und an seine Grenzen stößt. Dieser Unterschied zwischen den USA und Deutschland macht deutlich, dass die Frage nach der normativen Bewertung von Versicherheitlichung nicht pauschal betrachtet werden kann, sondern im konkreten Fall auf die

Folgen hin und im Kontext klarer normativer Referenzpunkte beurteilt werden muss. Der Argumentation von Floyd (2007; 2010) und Trombetta (2011) folgend, wären bestimmte Formen der Versicherunglichung von Klimawandel damit anderen Formen gegenüber vorzuziehen.

Jedenfalls haben unsere Fälle auch die Vermutung Wævers (1995) bestätigt, dass eine Versicherunglichung für den politischen Diskurs gut sein kann, wenn dadurch (wie im Fall Deutschlands) ein Problem überhaupt erst auf die politische Agenda kommt. Entsprechend wäre in der Türkei eine Versicherunglichung dringend notwendig, um den Diskurs zu öffnen – und nicht um ihn, wie von der Kopenhagener Schule befürchtet, zu schließen. Im Gegensatz dazu wäre eine weitergehende Versicherunglichung im Falle Mexikos, zumal in Bezug auf territoriale Sicherheit, aufgrund der bereits bestehenden Politisierung wohl eher problematisch.

Schließlich hat unsere Analyse auch gezeigt, dass ein komplexeres Verständnis von Versicherunglichung, das von der Dichotomie von Politik und Sicherheit der Kopenhagener Schule abweicht und unterschiedliche Formen der Versicherunglichung zulässt, empirisch den Vorteil hat, die unterschiedlichen politischen Prozesse besser sichtbar machen zu können. Dass die Kategorien der globalen Umwelt als Referenzobjekt in unserer Zusammenfassung der Fallstudien hierbei nicht wesentlich zum Zuge kamen, ist kein Schwachpunkt unserer Kategorisierung, sondern ist der Marginalisierung dieses Diskurses, selbst im deutschen Kontext geschuldet. Die Gründe und Folgen dieser Marginalisierung wären eine weitere, eingehendere Untersuchung wert. Auch die Risikodimension hat sich in unserer Untersuchung eher selten gezeigt, und insoweit sie aufgetreten ist, wie im Falle Mexikos, war ihre Unterscheidung von der Sicherheitskategorie nicht immer ganz unproblematisch. Dies liegt, so vermuten wir, zum einen daran, dass in den meisten Ländern der Risiko-Diskurs im politischen Kontext noch wenig verbreitet ist. Der Einbezug wirtschaftlicher Akteure wie etwa Versicherungen hätte hier möglicherweise ein anderes Ergebnis geliefert; andererseits ist auch interessant, dass solche Akteure jedenfalls in den von uns untersuchten Ländern bislang noch keine dominante Rolle in der Artikulation von Klimawandel spielen. Zum anderen könnte die relative Untergewichtung des Risiko-Ansatzes auch an unserer Fallauswahl liegen. Insbesondere in Großbritannien ist das Regieren über „risk assessment“ in verschiedenen Feldern weiter verbreitet (Rothe 2013), und insofern liegt die Vermutung nahe, dass der Einbezug des Vereinigten Königreichs hier einen Unterschied gemacht hätte.

Trotz dieser Einschränkungen hat unser Beitrag dazu beigetragen, die von uns identifizierte empirische Lücke in der Literatur zur Klimasicherheit zu schließen. Unser Analyseraster hat es uns zudem ermöglicht, Versicherunglichungsprozesse differenzierter zu erfassen. Die

diskursiven „Klimakämpfe“, auf die wir in der Überschrift Bezug genommen haben, gestalten sich demnach von Land zu Land sehr verschieden – und definieren ihrerseits den Klimakampf ganz unterschiedlich. Wie wir gezeigt haben, hatte dies in den von uns untersuchten Ländern konkrete Auswirkungen auf den Umgang mit dem Klimawandel. Neben weiteren empirischen Studien bietet sich hier der vielleicht wichtigste Ansatzpunkt für weitere Analysen: im verstärkten normativen Nachdenken über die Folgen von Versicherunglichung, weniger im Allgemeinen, sondern in Bezug auf die konkreten Formen ihrer Ausgestaltung.

Literatur

- Akerberg, Andrés Á.* 2010: La consideración del medio ambiente como asunto de seguridad nacional. Considerations about Environment as a Matter of National Security, in: *Revista de Relaciones Internacionales de la UNAM* 107, 67–103.
- Akerberg, Andrés Á.* 2011: Länderperspektive: Mexiko, in: *Netzer, Nina/Gouverneur, Judith* (Hrsg.): *Zwischen Anspruch und Wirklichkeit : Internationale Perspektiven vor der Weltklimakonferenz in Durban*, Berlin, 37–40.
- Aradau, Claudia* 2004: Security and the democratic scene: Desecuritization and emancipation, in: *Journal of International Relations and Development* 7: 4, 388–413.
- Aradau, Claudia/Van Munster, Rens* 2008: Insuring Terrorism, Assuring Subjects, Insuring Terrorism, Assuring Subjects, Ensuring Normality: The Politics of Risk After 9/11, in: *Alternatives* 33, 191–210.
- Aradau, Claudia/Van Munster, Rens* 2011: *Politics of catastrophe. Genealogies of the unknown*, London, New York.
- Asan, Ünal* 2010: National Researches, Data and Projects on Climate Change in Turkey. Conference Paper, FAO Conference "Climate Impacts on Forest Management in Southeastern Europe and Central Asia", 14 - 16 April 2010, Sopron, Hungary.
- Austin, John L.* 1975: *How to do Things with Words*, Cambridge.
- Auswärtiges Amt* 2007: *Sicherheitsrisiko Klimawandel*. 17. Forum Globale Fragen, Berlin.
- Auswärtiges Amt* (2011): *Klima und Sicherheit*, in: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/GlobaleFragen/Klima/KlimaUndSicherheit_node.html; 01.9.2014.
- Balzacq, Thierry* 2005: The Three Faces of Securitization: Political Agency, Audience and Context, in: *European Journal of International Relations* 11: 2, 171–201.
- Balzacq, Thierry* (Hrsg.) 2011: *Securitization Theory. How Security Problems Emerge and Dissolve* (PRIO new security studies), London.
- Barnett, Jon* 2001: *The Meaning of Environmental Security*, London.
- Barnett, Jon/Adger, Neil W.* 2007: Climate Change, Human Security and Violent Conflict, in: *Political Geography* 26, 639–655.
- Beck, Ulrich* 2000: *World Risk Society*, Cambridge.
- Beck, Ulrich* 2002: The Cosmopolitan Society and Its Enemies, in: *Theory, Culture and Society* 19: 2, 17–44.
- Bender, Bryan* 2013: Chief of US Pacific forces calls climate biggest worry, in: *Boston Globe*, 09.3.2013.
- Bigo, Didier* 2002: Security and Immigration: Toward a Critique of the Governmentality of Unease., in: *Alternatives: Global, Local, Political* 27(supplement), 63–92.
- Bigo, Didier* 2008: Globalized (In)Security. The Field and the Ban-Opticon, in: *Bigo, Didier/Tsoukala, Anastassia* (Hrsg.): *Terror, Insecurity and Liberty. Illiberal Practices of Liberal Regimes after 9/11*, London, 10–48.
- Blair, Dennis C.* 2009: *Annual Threat Assessment of the Intelligence Community for the Senate Select Committee on Intelligence*, Washington D.C.
- Bojanowski, Axel* 2013: Rangliste: Umweltschützer strafen Deutschlands Klimapolitik ab, in: *Spiegel Online*, 18.11.2013.
- Booth, Ken* (Hrsg.) 2005: *Critical Security Studies and World Politics* (Critical security studies), Boulder, Col.
- Boyle, Philip/Haggerty, Kevin D.* 2012: Planning for the worst: risk, uncertainty and the Olympic Games, in: *The British Journal of Sociology* 63: 2, 241–259.
- Brauch, Hans G.* 2009: Securitizing Global Environmental Change, in: *Brauch, Hans G./Oswald Spring, Úrsula/Grin, John/Mesjasz, Czeslaw/Kameri-Mbote, Patricia/Chadha Behera, Navnita/Chouru,*

- Béehir/Krummenacher, Heinz (Hrsg.): Facing Global Environmental Change: Environmental, Human, Energy, Food, Health and Water Security Concepts, Berlin, 65–104.
- Brauch, Hans G./Spring, Úrsula O./Mesjasz, Czeslaw/Grin, John/Dunay, Pál/Behera, Navnita C./Chourou, Béehir/Kameri-Mbote, Patricia/Liotta, P. H.* (Hrsg.) 2008: Globalization and Environmental Challenges. Reconceptualizing Security in the 21st Century (Hexagon Series on Human and Environmental Security and Peace, Band 3), Berlin, Heidelberg.
- Brodziak, Fabricio/García, Ana L./Chow, Luis G.* 2011: Climate Change Impacts on Socio-Environmental Conflicts: Vulnerability in Facing Climate Change and Social Conflicts in Mexico.
- Brown, Lester R.* 1977: Redefining national security (Worldwatch paper, Band 14), [Washington].
- Brzoska, Michael* 2009: The Securitization of Climate Change and the Power of Conceptions of Security, in: Sicherheit und Frieden 27: 3, 137–145, in: http://www.sicherheit-und-frieden.nomos.de/fileadmin/suf/doc/Aufsatz_SuF_09_03.pdf; 13.8.2012.
- Brzoska, Michael* 2012: Climate Change as a Driver of Security Policy, in: Scheffran, Jürgen/Brzoska, Michael/Brauch, Hans-Günther/Link, Michael P./Schilling, Jan P. (Hrsg.): Climate Change, Human Security and Violent Conflict. Challenges for Societal Stability, Berlin, 165–179.
- Brzoska, Michael/Oels, Angela* 2011: "Versicherheitlichung" des Klimawandels? Die Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung und ihre politischen Folgen, in: Brzoska, Michael/Kalinowski, Martin/Matthies, Volker/Meyer, Berthold (Hrsg.): Klimawandel und Konflikte. Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik?, Baden-Baden, 51–67.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundestagsfraktion* (2014): Unsere Position: Außen- und Sicherheitspolitik, in: http://www.gruene-bundestag.de/themen/sicherheitspolitik_ID_207027.html; 01.9.2014.
- Buzan, Barry* 1983: People, States and Fear. The National Security Problem in International Relations, Brighton.
- Buzan, Barry/Wæver, Ole/Wilde, Jaap de* 1998: Security. A New Framework for Analysis, Boulder, Colo.
- C2ES* (2007/2008a): Legislation in the 110th Congress Related to Global Climate Change, in: <http://www.c2es.org/federal/congress/110>; 06.9.2012.
- C2ES* (2007/2008b): National Security and Climate Change Proposals from the 110th Congress, in: http://www.c2es.org/federal/congress/110/natl_security; 06.9.2012.
- Campbell, Kurt M./Gulledge, Jay/McNeill, J.R./Podesta, John/Odgen, Peter/Fueth, Leon/Woolsey, R. J./Lennon, Alexander T. J./Smith, Julianne/Weitz, Richard/Mix, Derek* 2007: The Age of Consequences: The Foreign Policy and National Security Implications of Global Climate Change, Washington D.C.
- CCC* 2008: Cambio Climático y Seguridad Nacional. Programa de colaboración entre la H. Cámara de Diputados el Centro de Colaboración Cívica (CCC), El Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD), Centro Mario Molina (CMM), Centro Mexicano de Derecho Ambiental, Comisión de Estudios del Sector Privado para el Desarrollo Sustentable (CESPEDES), Ciudad de México.
- CNA* 2007: National Security and the Threat of Climate Change, Alexandria.
- CNA Military Advisory Board* 2014: National Security and the Accelerating Risks of Climate Change, Alexandria.
- Corry, O.* 2012: Securitisation and 'Riskification': Second-order Security and the Politics of Climate Change, in: Millennium - Journal of International Studies 40: 2, 235–258.
- Dalby, Simon* 1992: Ecopolitical Discourse: Environmental Security and Political Geography, in: Progress in Human Geography 16: 4, 503–522.
- Dalby, Simon* 2002: Environmental security (Borderlines, Band 20), Minneapolis, Minn.
- Dalby, Simon* 2009: Security and Environmental Change, Cambridge.

- Deheza, Elisabeth* 2011: Climate Change, Migration and Security. Best Practice Policy and Operational Options for Mexico (Interim Report), London.
- Department of Homeland Security* 2013: NIPP 2013 Partnering for Critical Infrastructure Security and Resilience, Washington D.C.
- Detraz, Nicole/Betsill, Michele M.* 2009: Climate Change and Environmental Security: For Whom the Discourse Shifts, in: *International Studies Perspectives* 10: 3, 303–320, in: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/j.1528-3585.2009.00378.x/pdf>; 25.8.2012.
- Deudney, Daniel H./Matthew, Richard A.* (Hrsg.) 1999: *Contested Grounds: Security and Conflict in the New Environmental Politics*, Albany.
- Diez, Thomas/Grauvogel, Julia* 2012: *Securitising Climate Change, Framing Climate Change: Discursive Struggles and the Environment*. Paper for Presentation at the BISA/ISA conference, Edinburgh, 20–22 June 2012.
- DOD* 2008: *National Defense Strategy*, Washington D.C.
- DOD* 2010: *Quadrennial Defense Review Report 2010*, Washington D.C.
- DOD* 2012: *Climate Change Adaptation Roadmap (CCAR)*, Washington D.C.
- DOD* 2014: *Quadrennial Defense Report 2014*, Washington D.C.
- Ecer, M.* (2010): *Ulusal İklim Değişikliği faaliyetleri*, in: <http://iklim.cob.gov.tr/iklim/Files/Sunumlar/id.ulusal.faaliyetler.pdf>; 10.9.2013.
- Ederer, Markus* 2007: *Energie- und Klimasicherheit während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel Stiftung, 12.12.2007)*, Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel Stiftung.
- Eslen, N.* 2007: *İklim degisikligi bir güvenlik sorunu*, in: *Radikal*, 30.4.2007.
- Feakin, Tobias/Depledge, Duncan* 2010: *Climate-Related Impacts on National Security in Mexico and Central America*, London.
- FEMA* 2012: *Crisis Response and Disaster Resilience 2030: Forging Strategic Action in an Age of Uncertainty*, Washington D.C.
- Fingar, Thomas* 2008: *National Intelligence Assessment on the National Security Implications of Global Climate Change to 2030*, Washington D.C.
- Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn* 1998: *International Norm Dynamics and Political Change*, in: *International Organization* 52: 4, 887–917, in: <http://www.jstor.org/stable/2601361>.
- Fischer, Frank* 2014: *Climate Crisis and Ecological Democracy*. Workshop "Environment, Energy, Climate", Freie Universität Berlin (07.6.2014).
- Fletcher, Amy L.* 2009: *Clearing the air: the contribution of frame analysis to understanding climate policy in the United States*, in: *Environmental Politics* 18: 5, 800–816.
- Floyd, Rita* 2007: *Towards a Consequentialist Evaluation of Security: Bringing Together the Copenhagen and the Welsh Schools of Security Studies*, in: *Review of International Studies* 33, 327–350.
- Floyd, Rita* 2010: *Security and the environment. Securitisation theory and US environmental security policy*, Cambridge.
- Foucault, Michel* 2006a: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, Band 1808)*, Frankfurt am Main.
- Gallup* (2014): *Confidence in Institutions*, in: <http://www.gallup.com/poll/1597/confidence-institutions.aspx>; 25.8.2014.
- Ganseforth, Monika* 1993: *Rede im Deutschen Bundestag. Drs.-Nr. 12/165 (23.6.1993)*.
- Geden, Oliver* 2009: *Klimasicherheit als Politikansatz der EU. SWP (Diskussionspapier)*.
- Germanwatch* 2012: *Climate Performance Index 2013*.
- Germanwatch* 2013: *Klimawandel als Sicherheitsrisiko: Germanwatch begrüßt morgige Debatte im UN-Sicherheitsrat auf Initiative von Pakistan und Großbritannien*, Bonn.

Goede, Marieke de 2008: Beyond Risk: Premediation and the Post-9/11 Security Imagination, in: Security Dialogue 39: 2-3, 155–176, in: <http://sdi.sagepub.com/content/39/2-3/155.full.pdf+html>; 01.3.2013.

Grauvogel, Julia/Diez, Thomas 2014: Framing und Versicherheitlichung: Die diskursive Konstruktion des Klimawandels, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 3: 2, i.E.

Guzzini, Stefano 2011: Securitization as a Causal Mechanism, in: Security Dialogue 42: 4-5, 329–342.

Hajer, Maarten A. 1995: The Politics of Environmental Discourse, Oxford.

Harris, Paul G. 2002: Environmental Security: Will Bush Follow Clinton's Lead?, in: Pacifica Review: Peace, Security & Global Change 14: 2, 149–157.

Homer-Dixon, Thomas 1991: On the Threshold: Environmental Changes as Causes of Acute Conflict, in: International Security 16: 2, 76–116.

Homer-Dixon, Thomas 1999: Environment, Scarcity and Violence, Princeton.

Hürriyet Daily News 2010: New Edition of Turkish Red Book approved in cabinet, in: , 23.11.2010.

Hürriyet Daily News 2011: Protecting the environment is low priority for Turkey, says report, in: Hürriyet Daily News, 16.5.2011.

Huysmans, Jef 2008: The Politics of Insecurity. Fear, Migration and Asylum in the EU (The new international relations series), London.

Interview 2014a: Interview on Climate Change and Security with NGO Experts in Mexico City, 03.04.2014, Mexico City.

Interview 2014b: Interview on Climate Change and Security with NGO Experts in Mexico City, 08.04.2014, Mexico City.

Interview 2014c: Interview on Climate Change and Security with Government Officials in Mexico City, 14.04.2014, Mexico City.

Interview 2014d: Interview on Climate Change and Security with NGO Experts in Mexico City, 23.04.2014, Mexico City.

Interview 2014e: Interview mit Experten zu Klimawandel und Sicherheit, 24.04.2014, Bonn.

Interview 2014f: Interview on Climate Change and Security with NGO Experts in Mexico City, 24.04.2014, Mexico City.

Interview 2014g: Interview mit Experten zu Klimawandel und Sicherheit, 25.04.2014, Bonn.

Interview 2014h: Interview mit Experten zu Klimawandel und Sicherheit, Berlin.

Interview 2014i: Interview on Climate Change and Security with Think Tank Experts in Washington D.C., 06.05.2014, Washington D.C.

Interview 2014j: Interview on Climate Change and Security with Think Tank Experts in Washington D.C., 13.05.2014, Washington D.C.

Interview 2014k: Interview on Climate Change and Security with NGO Experts in Washington D.C., 16.05.2014, Washington D.C.

Interview 2014l: Interview on Climate Change and Security with Think Tank Experts in Washington D.C., 28.05.2014, Washington D.C.

Interview 2014m: Interview on Climate Change and Security with Government Officials in Washington D.C., 30.05.2014.

Interview 2014n: Interview on Climate Change and Security with Think Tank Experts in Washington D.C., 03.06.2014, Washington D.C.

Interview 2014o: Interview mit Experten zu Klimawandel und Sicherheit, 22.07.2014, Berlin.

Interview 2014p: Interview mit Experten zu Klimawandel und Sicherheit, 31.07.2014, Berlin.

Interview 2014q: Interview mit Experten zu Klimawandel und Sicherheit, 27.08.2014, Istanbul.

Interview 2014r: Interview mit Experten zu Klimawandel und Sicherheit 1, 10.09.2014, Istanbul.

Interview 2014s: Interview mit Experten zu Klimawandel und Sicherheit 2, 10.09.2014, Istanbul.

- Jackson, N. J.* 2006: International Organizations, Security Dichotomies and the Trafficking of Persons and Narcotics in Post-Soviet Central Asia: A Critique of the Securitization Framework, in: *Security Dialogue* 37: 3, 299–317.
- Kelber, Ulrich* 2004: Rede im Deutschen Bundestag am 04.03.2004, Stenographischer Bericht, 94. Sitzung; 8370.
- Knudsen, O.* 2001: Post-Copenhagen Security Studies: Desecuritizing Securitization, in: *Security Dialogue* 32: 3, 355–368.
- Krueck, Carsten/Borchers, Jutta/Weingart, Peter* 1999: Climate Research and Climate Policy in Germany: Assets and Hazards of Consensus-Based Risk Management, in: Edwards, Paul/Miller, Clark (Hrsg.): *Changing the Atmosphere*, Boston.
- La Jornada* 2009: El cambio climático global, tema de seguridad nacional para México y Centroamérica, in: *La Jornada*, 12.11.2009, 19.
- Léonard, Sarah/Kaunert, Christian* 2011: Reconceptualizing the Audience in Securitization Theory, in: Balzacq, Thierry (Hrsg.): *Securitization Theory. How Security Problems Emerge and Dissolve*, London.
- Lucke, Franziskus von* 2013a: It's domestic politics, stupid! The US climate field: policies, actors and consequences (ClimaSec Working Paper #2 (July 2013)), Tübingen.
- Lucke, Franziskus von* 2013b: The emerging vanguard? Mexico's climate politics: policies, actors and consequences (ClimaSec Working Paper #3 (July 2013)), Tübingen.
- Lucke, Franziskus von/Diez, Thomas/Wellmann, Zehra* 2014: What's at Stake in Securitising Climate Change? Towards a Differentiated Approach, in: *Geopolitics* 19: 4.
- Marketline* 2012: Country Analysis Report: Mexico, In-depth PESTLE Insights.
- Mathews, Jessica T.* 1989: Redefining Security, in: *Foreign Affairs* 68: 2, 162–177.
- McDonald, Matt* 2008: Securitization and the Construction of Security, in: *European Journal of International Relations* 14: 4, 563–587.
- McDonald, Matt* 2012: The Failed Securitization of Climate Change in Australia, in: *Australian Journal of Political Science* 47: 4, 579–592.
- McDonald, Matt* 2013: Discourses of climate security, in: *Political Geography* 33, 42–51.
- McGrady, Ed/Kingsley, Maria/Steward Jessica* 2010: Climate Change: Potential Effects on Demands for US Military Humanitarian Assistance and Disaster Response, Alexandria.
- Mildner, Stormy-Annika/Richert, Jörn* 2010: Obamas neue Klimapolitik. Möglichkeiten und Grenzen eines klimapolitischen Wandels in den USA, in: SWP Studie Februar 2010, in: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2010_S04_mdn_rrt_ks.pdf; 01.3.2013.
- Myers, Norman* 1989: Environment and Security, in: *Foreign Policy* 74, 23–41.
- Nicola, Stefan* 2013: World Emissions May Peak Amid China Green Push, Germanwatch Says, in: *BloombergBusinessweek*, 18.11.2013.
- Norck, Sebastian* 2012: Der Klimawandel als medial konstruiertes Risiko - Untersucht am Beispiel der Berichterstattung des Nachrichtenmagazins Der Spiegel, in: *entgrenzt - Studentische Zeitschrift für Geographisches*, 2012, 20–31.
- Nordas, Ranghild/Gleditsch, Nils P.* 2007: Climate Change and Conflict, in: *Political Geography* 26, 627–638.
- Oels, Angela* 2010a: Die Gouvernamentalität der internationalen Klimapolitik: Biomacht oder fortgeschritten liberales Regieren?, in: Voss, Martin (Hrsg.): *Der Klimawandel - Sozialwissenschaftliche Perspektiven*, Wiesbaden, 171–186.
- Oels, Angela* 2011: Rendering climate change governable by risk: From probability to contingency, in: *Geoforum*: 1, 1–13.
- Oels, Angela* 2012: The Securitization of Climate Change: Consequences and Policy Implications., in: Scheffran, Jürgen/Brzoska, Michael/Brauch, Hans-Günther/Link, Michael P./Schilling, Jan P.

- (Hrsg.): Climate Change, Human Security and Violent Conflict. Challenges for Societal Stability, Berlin.
- Oels, Angela* 2013: Climate Security as Governmentality: From Precaution to Preparedness, in: Bulkeley, Harriet/Stripple, Johannes (Hrsg.): Governing the Global Climate: Rationality, Practice and Power, Cambridge.
- Oswald Spring, Úrsula* 2012: Environmentally-Forced Migration in Rural Areas: Security Risks and Threats in Mexico, in: Scheffran, Jürgen/Brzoska, Michael/Brauch, Hans G./Link, Peter M./Schilling, Janpeter (Hrsg.): Climate Change, Human Security and Violent Conflict // Climate change, human security and violent conflict. Challenges for societal stability, Berlin, New York, 315–350.
- Parsons, Rymn J.* 2010: Climate Change: The Hottest Issue in Security Studies?, in: Risk, Hazards & Crisis in Public Policy 1: 1, 84–113.
- Penny, Christopher K.* 2007: Greening the security council: climate change as an emerging “threat to international peace and security”, in: International Environmental Agreements: Politics, Law and Economics 7: 1, 35-71.
- Peters, Enrique D./Maihold, Günther* 2007: Die Rolle Mexikos in der globalen Strukturpolitik, in: Discussion Paper / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik 15.
- Pirages, Dennis* 1991: Social Evolution and Ecological Security, in: Bulletin of Peace Proposals 22: 3, 329–334.
- Pirages, Dennis* 2005: From Limits to Growth to Ecological Security, in: Pirages, Dennis/Cousins, Ken (Hrsg.): From resource scarcity to ecological security. Exploring new limits to growth, Cambridge, Mass. [u.a.], 1–19.
- Pirages, Dennis* 2013: Ecological Security: A Conceptual Framework, in: Floyd, Rita/Matthew, Richard A. (Hrsg.): Environmental security. Approaches and issues, Abingdon, Oxon, New York, NY, 139–154.
- Pulver, Simone* 2006: Climate Politics in Mexico in a North American Perspective: Climate Change Politics in North America: The State of Play.
- Reforma* 2010: Urgen atacar cambio climático, in: Reforma, 16.10.2010.
- Richert, Jörn* 2012: Klimapolitik und Versicherheitlichung (Nur Abstract), in: Wissenschaft und Frieden: 3, 26–28.
- Rodrigues De Brito, Rafaela* 2012: The securitisation of climate change in the European Union (Global Security Risks and West Africa: Development Challenges).
- Roe, P.* 2008: Actor, Audience(s) and Emergency Measures: Securitization and the UK's Decision to Invade Iraq, in: Security Dialogue 39: 6, 615–635.
- Rogers, Will/Gulledge, Jay* (2010): Lost in Translation: Closing the Gap Between Climate Science and National Security Policy, in: http://www.cnas.org/files/documents/publications/Lost%20in%20Translation_Code406_Web_0.pdf; 12.3.2014.
- Rose, Nikolas* 1996: The Death of the Social? Re-figuring the Territory of Government, in: Economy and Society 25: 3, 327–356.
- Rothe, Delf* 2013: A climate of insecurity. The securitisation of global warming and its policy implications. Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg, Hamburg.
- Rucht, Dieter* 2008: Anti-Atomkraftbewegung, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt, New York, 245–267.
- Salazar, Alberto/Masera, Omar* 2010: México ante el Cambio Climático. Resolviendo Necesidades Locales con Impactos Globales.

- Sánchez Gutiérrez, Gabriela/Lucatello, Simone/Ceccon Rocha, Brisa* 2009: Programa de Diálogo y Construcción de Acuerdos. Cambio Climático y Seguridad Nacional, México D.F.
- Scheffran, Jürgen/Brzoska, Michael/Brauch, Hans G./Link, Peter M./Schilling, Janpeter* (Hrsg.) 2012: Climate Change, Human Security and Violent Conflict (Hexagon Series on Human and Environmental Security and Peace), Berlin, Heidelberg.
- Schmidt, Andreas* 2012: Bewegungen, Gegenbewegungen, NGOs: Klimakommunikation zivilgesellschaftlicher Akteure, in: Neverla, Irene/Schäfer, Mike S. (Hrsg.): Das Medien-Klima, Wiesbaden, 69–94.
- Schwartz, Peter/Randall, Doug* 2003: An Abrupt Climate Change Scenario and Its Implications for United States National Security, Washington D.C.
- Scott, Shirley V.* 2012: The Securitization of Climate Change in World Politics: How Close have We Come and would Full Securitization Enhance the Efficacy of Global Climate Change Policy?, in: Review of European Community and International Environmental Law 21: 3, 220–230.
- Searle, John R.* 1969: Speech Acts. An Essay in the Philosophy of Language, Cambridge.
- Senado de la Republica* 2013: INICIATIVA CON PROYECTO DE DECRETO POR EL QUE SE REFORMAN Y ADICIONAN DIVERSAS DISPOSICIONES A LA LEY GENERAL DE CAMBIO CLIMATICO, Ciudad de México.
- Stritzel, Holger* 2007: Towards a Theory of Securitization: Copenhagen and Beyond, in: European Journal of International Relations 13: 3, 357–383.
- Stritzel, Holger* 2011: Security, the translation, in: Security Dialogue 42: 4-5, 343–355.
- TBMM* 1992: No. 190140900270, B:90, O:1, 30.06.1992, Ankara.
- TBMM* 2007: Tübitak Report. Nr. 230030130342 B: 13.
- TBMM* 2009: Meclis Haber Bülteni – İngiltere Disisleri Bakani Miliband da katildi. Cevre Komisyonunda Iklim Degisikligi ile Mücadele tartisildi.
- The White House* 1991: National Security Strategy of the United States, Washington D.C.
- The White House* 1994: A NATIONAL SECURITY STRATEGY OF ENGAGEMENT AND ENLARGEMENT, Washington D.C.
- Trombetta, Julia* 2012: European energy security discourses and the development of a common energy policy (Working Paper of the Energy Delta Gas Research), Groningen.
- Trombetta, Maria J.* 2008: Environmental Security and Climate Change: Analysing the Discourse, in: Cambridge Review of International Affairs 21: 4, 585–602.
- Trombetta, Maria J.* 2011: Rethinking the Securitization of the Environment. Old Beliefs, New Insights, in: Balzacq, Thierry (Hrsg.): Securitization Theory. How Security Problems Emerge and Dissolve, London, 135–149.
- Türkmenoğlu, Evren* 2012: Climate Change Policies in Turkey (Ankara, 13.6.2012), Ankara.
- Ullmann, Richard* 1983: Redefining Security, in: International Security 8: 1, 129–153.
- Umbach, Frank* 2008: German Vulnerabilities of its Energy Security (AICGS Advisor).
- UNDP* 1994: Human Development Report 1994. New Dimensions of Human Security, New York, Oxford.
- US Navy* (2009): Task Force on Climate Change, in: <http://greenfleet.dodlive.mil/climate-change/>; 08.9.2014.
- US Navy* 2010: Climate Change Roadmap, Washington D.C.
- US Senate* 2008: Congressional Record - Senate: S3036 - the Lieberman-Warner Climate Security Act of 2008.
- Vuori, Juha A.* 2008: Illocutionary Logic and Strands of Securitization: Applying the Theory of Securitization to the Study of Non-Democratic Political Orders, in: European Journal of International Relations 14: 1, 65–99.

- Wæver, Ole* 1995: Securitization and Desecuritization, in: Lipschutz, Ronnie D. (Hrsg.): On security, New York, 46–86.
- Wæver, Ole* 1995: Securitization and Desecuritization, in: Lipschutz, R. (Hrsg.): On Security, New York, 46–86.
- Wæver, Ole* 2008: The Changing Agenda of Societal Security, in: Brauch, Hans G./Spring, Úrsula O./Mesjasz, Czeslaw/Grin, John/Dunay, Pál/Behera, Navnita C./Chourou, Béchir/Kameri-Mbote, Patricia/Liotta, P. H. (Hrsg.): Globalization and Environmental Challenges. Reconceptualizing Security in the 21st Century, Berlin, Heidelberg, 581–593.
- Wagner, Jürgen* 2008: Die Versicherheitlichung des Klimawandels. Wie Brüssel die Erderwärmung für die Militarisierung der Europäischen Union instrumentalisiert, in: IMI Magazin, 14–16.
- WBGU* 2007: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin.
- Wellmann, Zehra* 2014: ClimaSec Working Paper Series (WP 6): Turkey and climate change : An evolving issue in a developing country or no change for climate change?, Tübingen.
- Williams, Michael C.* 2003: Words, Images, Enemies: Securitization and International Politics, in: International Studies Quarterly 47, 511–531.
- Wolf, Simon* 2007: Klimaschutz und Energiepolitik in Mexiko, El Salvador und Nicaragua (Global Issue Papers).
- Yeşilgazete* 2013: İklim Değişikliği Daire Başkanlığı kapatıldı!, in: , 01.2.2013.